

OKTOBER 2003

blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN

57. (72.) JAHRGANG

STANDPUNKT

**Lernmittelfreiheit
Adieu, alles
andere offen**

SEITE 3

SCHWERPUNKT

**Hochschule und
Geld**

SEITE 7

INTERVIEW

**Tarifloser Zustand
ist keine Alternative**

SEITE 15

JUNGE GEW

**Was wir machen,
was wir wollen**

SEITE 19

KITA-POLITIK

**GEW fordert
Gesamtkonzept**

SEITE 22

HOCHSCHULE UND GELD

ÜBRIGENS

Kaum ist diese blz zur Druckerei gebracht, ist schon Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe im November. Und wenn diese Ausgabe bei allen Mitgliedern im Briefkasten liegt, haben wir das nächste Heft schon fast wieder fertig gestellt. Denn wegen der Herbstferien muss die Produktion der November blz zwei Wochen vorgezogen werden.

Allerdings haben wir immer noch einen gewissen Spielraum, um doch noch aktuelle Themen unterzubringen – glücklicherweise. Denn es herrscht gegenwärtig eine gewisse Unübersichtlichkeit: fast jeden Tag werden neue Erkenntnisse und einsame Beschlüsse verkündet. Hauptsache Bewegung, so scheint die Devise in der Politik zu lauten!

Da kommt unser nächstes Schwerpunktthema gerade zur rechten Zeit: Nachhaltigkeit! Wir arbeiten daran!

w/

IMPRESSUM

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 € (inkl. Versand).

Redaktion:
 Pin Ruff (verantwortlich), Klaus Will (Koordination und Schlussredaktion), Beate Frilling, Bettina Liedtke, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Günter Langer
 Redaktionsanschrift: Ahornstr. 5, 10787 Berlin,
 Tel. 21 99 9346, Fax -49, e-mail: blz@gew-berlin.de

Anzeigen und Verlag:
 GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion
 Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 9 vom 1.7.2003

Satz, Layout und Konzept:
 bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
 Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin,
 Tel. 61 39 3640, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de

Druck:
 Gallus Druckerei KG, Gutenbergstr. 3, 10587 Berlin
 ISSN 0944-3207 10/2003: 23.000



FOTO: MATTHIAS TUNGER



INHALT

3-6 Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion

SCHWERPUNKT

| | | |
|----|--|-----------------|
| 7 | Hochschule und Geld | Folker Schmidt |
| 8 | Zwischen Anspruch und finanziellem Dilemma | Rainer Hansel |
| 9 | Wie wirken Studiengebühren? | Bernhard Nagel |
| 11 | Perspektiven Berliner Hochschulmedizin | Wolfgang Mix |
| 13 | Studieren mit Stipendium | Andreas Schmidt |
| 14 | Is' was, Doc!? | Ansgar Warner |

GEWERKSCHAFT

| | | |
|----|--|------------------------|
| 15 | Tarifloser Zustand ist keine Alternative | Interview |
| 17 | Eine Gesellschaft für alle Lebensalter | Lieselotte Claußnitzer |
| 18 | Wir machen uns ein Bild von der Bildung | Hartmut Schurig |
| 19 | Was wir machen und was wir wollen | Junge GEW |
| 20 | Langfristige Strategien gefragt | Peter Muggelberg |

SOZIALPÄDAGOGIK

| | | |
|----|-----------------------------------|----------------------|
| 22 | Gebühren rauf, Leistung runter | K. Schroeder/B. Jung |
| 23 | Abbau ambulanter Erziehungshilfen | AG Ambulante Hilfen |
| 25 | GLOBUS am Ende | Stefan Dornbach |

EUROPA

| | | |
|----|-------------------------------|--------------|
| 26 | Eine Bibliothek in jedem Dorf | L. Sabovljev |
|----|-------------------------------|--------------|

RECHT & TARIF

| | | |
|----|----------------------|-----------------|
| 28 | Kein Herz für Kinder | Klaus Schroeder |
|----|----------------------|-----------------|

TENDENZEN

| | | |
|----|-----------------|-----------------|
| 29 | Nur keine Panik | Ulrike Herrmann |
|----|-----------------|-----------------|

SERVICE

| | |
|----|--|
| 35 | Theater und Schule Fortbildung Materialien |
|----|--|

Bitte beachten!

Der blz-Wandkalender 2004 wird der November-Ausgabe beigelegt.

LEUTE

Ludger Pieper war Leiter des untergegangenen Landesschulamtes. Der geübte Sportflieger landete dann unkompliziert auf den Posten eines Abteilungsleiters der umstrukturierten Senatsbildungsverwaltung. Allerdings nur kommissarisch. Nun ist die Stelle bundesweit ausgeschrieben und man darf gespannt sein, ob der einsame Überflieger die hohen Anforderungen im Ausschreibungsprofil erfüllen kann. „Sehr wichtig ist der konstruktive Umgang mit Kritik und Konfliktsituationen, insbesondere die Suche nach Lösungen und tragfähigen Kompromissen, sowie adressaten- und kundenorientiertes Verhalten.“ Für Interessenten: die Bewerbungsfrist läuft noch.

Jan Hofmann heißt der Leiter des neu geschaffenen LISUM Brandenburg. Er hatte zuvor das Pädagogischen Landesinstitutes Brandenburg (PLIB) geleitet, das mit der Neugründung des LISUM aufgelöst wurde. Was der Leiter des ebenfalls aufgelösten Medienpädagogischen Zentrums Brandenburg (MPZ), **Lothar Wolf** künftige macht, bleibt dagegen offen. Wolf hatte sich, anders als sein Kollege Hofmann, gegen die Fusion der Institute ausgesprochen und für ein gemeinsames Medienkompetenz- und Servicezentrum Berlin-Brandenburg plädiert. Fehlte deswegen in der Rede des Bildungsministers Steffen Reiche auf der Eröffnungsfeier des neuen Instituts der eigentlich übliche Passus des Dankes an den ehemaligen MPZ-Leiter, der immerhin 12 Jahre dort tätig war?



FOTO: PRIVAT

Udo Jeschal wird 50

Man glaubt es kaum, aber Udo hat inzwischen auch ein halbes Jahrhundert absolviert – und einen Gutteil davon auf dem nicht gerade bequemen Stuhl des GEW-Geschäftsführers. Er repräsentiert für viele von uns die notwendige Kontinuität in der GEWerkchaftlichen Arbeit. Seine ersten Sporen verdiente er sich noch unter dem Vorsitz von Boris Fahlbusch und Sybille Volkholz in den 80iger Jahren. Udo hat neben dem Tagesgeschäft auch die Internet-Präsenz des Landesverbandes aufgebaut. Wer sich einmal andere GEW-Internetseiten ansieht, wird die herausragende Qualität unserer Homepage erkennen und schätzen. Eine reife Leistung! Dass er gerne mit seinen Kindern Halma und Mikado spielt, hat ihm bei dieser kniffligen Arbeit sicher geholfen.



FOTO: PRIVAT

Lernmittelfreiheit adieu – alles andere offen

Eine Fondsregelung muss her.

von Erhard Laube, Schulleiter der Spreewald-Grundschule/Schöneberg

Die Zeiten der Lernmittelfreiheit in Berlin sind passé! Man kann ihnen nachtrauern, aber z.Z. nicht erfolgreich für sie kämpfen. Wohl aber für ein Modell, das für Eltern (und den Senat!) erheblich kostengünstiger und für die Schulen praktikabel ist!

Ende Mai 2003 beschloss das Abgeordnetenhaus, Eltern müssten Lernmittel (gemeint sind nur Druckschriften!) bis zu einem Höchstsatz von 100 Euro selbst kaufen. Für Empfänger von Sozialhilfe, Wohngeld etc. beschafft die Schule die Bücher und leiht sie aus. Das Bezirksamt stellt der Schule hierfür das Geld zur Verfügung.

So die Neuregelung: So einfach, so schlecht! Denn die Schulen bekamen ihr Geld nicht! Und generell gegen den Einzelkauf spricht, dass er teuer ist, Bücher verschiedene Auflagen haben und „bildungsfernere“ Eltern sich oft nicht kümmern. Vor allem: Lernmittel an innovativen Schulen sind oft gerade keine Bücher. Für diese Lernmittel fehlt aber dann das Geld! Dennoch konnte Schulsenator Klaus Böger stolz der Presse vermelden, es habe kein Chaos an den Schulen gegeben. Da hat er sogar Recht. Das lag aber nur daran, dass die meisten Schulämter, Eltern und Lehrkräfte gemeinsam nach praktikablen Lösungen suchten, die zwar nicht unbedingt mit der neuen Lernmittelordnung übereinstimmten, dafür aber das Funktionieren von Schule sicherten.

Frühzeitig proklamierte so der Landeselternausschuss ein „Fondsmodell“, wonach die Eltern einen Pauschalbetrag beim Förderverein oder der GEV einzahlten und die Lernmittel (nicht nur Bücher!) gemeinsam bestellten. Sie wurden ausgeliehen, verblieben also im Besitz der Schule. Das scheint zu funktionieren, war funktional und für Eltern billiger (z.B. 45 Euro pauschal statt 45 bis 100 Euro an Grundschulen bei Selbstkauf). Bis in die Sommerferien hinein begrüßten auch Senator Böger, Staatssekretär Thomas Härtel und Ex-LSA-Chef

Ludger Pieper dieses Verfahren. Dabei wies beispielsweise ich (und sicherlich auch viele andere) bereits im Juni die Senatsbildungsverwaltung darauf hin, dass ein Förderverein durch solche Aktivitäten möglicherweise seine Gemeinnützigkeit verlieren und steuerpflichtig würde. Jetzt warnt auch die Bildungsverwaltung vor den Folgen! Und wenn die GEV bestellt, wie der Landeselternausschuss es will? Da habe ich so meine Bedenken, ob sie als SVG-Gremium kaufmännisch tätig werden, ein Konto eröffnen und vertrauliche Daten erhalten darf.

In diesem Jahr hat es halbwegs geklappt, weil die Schulen „unbürokratisch“ mit der Neuregelung umgingen und die Ämter ein Auge zudrückten. Im kommenden Schuljahr werden wir „korrekt“ verfahren müssen oder aber wir setzen eine „Fondsregelung“ durch, die im Grundsatz ja auch der Landeselternausschuss will. Dafür bin ich. Das könnte so aussehen: Durch Änderung von § 18 Abs. 1 und 2 Schulgesetz von Berlin werden Eltern zur Zahlung eines pauschalen Lernmittel-Nutzungsentgeltes, das nach Schulstufen gestaffelt ist, verpflichtet (z.B. an Grundschulen 45 Euro). Dieses wird an die Schule gezahlt. Für freigestellte Eltern zahlt das Amt. Die Schule bestellt die Bücher und leiht sie aus.

Was dagegen spricht, schrieb Staatssekretär Härtel am 14.7.03 den Tempelhofer-Schöneberger SchulleiterInnen: „Eine ‚Nutzungsgebühr‘, die an die Schulen gezahlt wird, kommt nicht in Betracht, da sie als verpflichtende Geldleistung der Eltern mit Schulgeld gleichzusetzen und damit nicht verfassungskonform wäre.“ Eine solche Verfassungsnorm gibt es jedoch weder für Berlin noch für Deutschland. Da irrt sein Rechtsamt. Schulgeld- und Lernmittelfreiheit sind nur im Schulgesetz geregelt. Wenn der Senat den Eltern in die Tasche greifen will, dann bitte nicht so tief und in einem für alle praktikablen Verfahren! ■



Mit der Aktion „Die längste Windel der Welt“ hatte der Landeselternausschuss der Berliner Kitas zum Protest am 21. September auf dem Alexanderplatz aufgerufen. Genau 2.183 Meter Länge hatten schließlich die gesammelten und zusammengeknüpften Windeln. Rund tausend Menschen hatten sich an der Aktion beteiligt. FOTO: TRANSIT-BERLIN

Zu viel Lehrkräfte in Berlin!

Um die im Express-Verfahren installierten Ganztagschulen personell ausstatten zu können, hat Bildungssenator Klaus Böger 270 Lehrerstellen aus dem Arbeitszeiterhöhungs-Überhang in Erzieherinnen-Stellen umgewidmet. Trickreich, unser Bildungssenator. Vielleicht springen ja auch noch ein paar Stellen heraus für die bereits verkündete Einrichtung von Pflicht-Deutschkursen für Vorschulkinder mit mangelnden Sprachkenntnissen?

Psycho-Probleme bei Studierenden

Rund zwanzig Prozent der Studierenden in Deutschland haben laut einer Studie der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen psychische Probleme, berichtet die *Frankfurter Rundschau*. 2.500 Studierende wurden befragt, von denen mehr als 20 Prozent angaben, sich psychisch mittelmäßig zu fühlen, zwei Prozent fühlten sich schlecht. Bei den Ess-Störungen liegen die Studierenden laut der Studie über dem Bundesdurchschnitt, beim Nikotin-Konsum wiederum deutlich darunter. Allerdings gaben immerhin 7,8 Prozent an, sie würden mehr als 40 Mal im Jahr einen Joint rauchen.

Hamburger GEW lehnt Anzeige ab

Die Werbeanzeige für die umstrittene Ausstellung „Körperwelten“ des Plasti-

nators Gunther von Hagen wird nicht in der Mitgliederzeitschrift der GEW Hamburg *hlz* abgedruckt. Der Landesvorstand lehnte die Veröffentlichung mit der Begründung ab, die Ausstellung sei eine inhumane und voyeuristische Zurschaustellung von Leichen. Eine andere Einschätzung hat man anscheinend in Bremen: dort wurde die ganzseitige Anzeige für die Ausstellung auf der Umschlag-Rückseite der September-Ausgabe präsentiert. Die auch schon in Berlin gezeigte Ausstellung hatte hier einen enormen Besuchererfolg und gastiert zurzeit in Hamburg.

Deutschland nicht LeserInnen-freundlich

Der Ausstattungsgrad der Schulen mit Bibliotheken liegt in Deutschland bei zehn Prozent. Nach Angaben des Deutschen Bibliotheksverbandes entspricht dies im internationalen Vergleich etwa dem Niveau der Ländern der Dritten Welt, heißt es in der Meldung der *Frankfurter Rundschau*.

Zehn Jahre Jüdisches Gymnasium

Vor 225 Jahren wurde die jüdische Schule von Moses Mendelssohn in der Großen Hamburger Straße gegründet. 1942 schlossen die Nazis die Schule und machten daraus ein Sammellager für Juden, die deportiert werden sollten. Nach Ende des Krieges kam eine

Berufsschule in das Gebäude und erst 1993 zog wieder eine jüdische Schule ein, in der neben den üblichen Fächern auch Hebräisch, Religion und jüdische Geschichte unterrichtet wird.

Generation ohne Golf

„Bleibt man beim Bild des Golfs, so war unser schönes Auto getunt und frisiert, und wir schlängelten uns lustvoll durch die langsame, reformgestaute bundesrepublikanische Gesellschaft. Vorbei an Gewerkschaften, Parteien, Bürokratie. Vorbei an all den Besserwissern, Besserverdienern, Besitzstandswahrern, die bräsig in ihrem Gefährt saßen. Mal links, mal rechts – wo immer sich eine Lücke auftat. Jetzt stecken wir fest. Uns hat eingeholt, was wir längst überwunden glaubten: soziale Unsicherheit, Arbeitslosigkeit, Existenzangst. Natürlich merken wir plötzlich, dass wir den Sozialstaat brauchen. Wer aber glaubt, wir würden nun, einsichtig geworden, bei den öffentlichen Institutionen einkehren, über die wir uns lustig gemacht haben, der täuscht sich. Viel zu sehr spüren wir noch den einst so befreienden Rausch der Geschwindigkeit, mit der wir die alte Bundesrepublik zurückließen.“ Diese Kurzanalyse der aktuellen Lage von Susanne Leinemann, entnehmen wir der ver.di-Zeitschrift *Publik* 7-8/03.

Cornelsen kauft sich Nachhilfe

Die Cornelsen Verlagsgruppe hat die Mehrheit an dem Nachhilfeunternehmen Studienkreis übernommen. Das Nachhilfe-Institut arbeitet bundesweit und betreibt allein in Berlin 28 Einrichtungen. Bundesweit ist der Studienkreis nach eigenen Angaben mit 700.000 SchülerInnen die größte Nachhilfeschule.

Mete-Ekşi-Preis 2003

Noch bis zum 20. Oktober können Vorschläge oder Bewerbungen für den mit 3.000 Euro dotierten Mete-Ekşi-Preis eingereicht werden. Der Preis wird an Berliner Kinder und Jugendliche vergeben, die sich für ein buntes Miteinander, die friedliche Begegnung unterschiedlicher Kulturen und Herkünfte stark gemacht haben. Gruppen und Einzelpersonen können sich selbst bewerben oder von anderen für den Preis vorgeschlagen werden: Mete-Ekşi-Fonds, c/o GEW BERLIN, Ahornstr. 5, 10787 Berlin. Die Preisverleihung findet am 15. November um 12 Uhr im Wilhelm-Leuschner-Saal des DGB in der Keithstraße statt. ■

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Unbezahlte Lehrerarbeit

Ich kann diese Beiträge („Wer spricht schon über zusätzliche unbezahlte Lehrerarbeit“, September-blz, Seite 17) bald nicht mehr lesen. Seit vielen Jahren verschlechtern sich unsere Arbeitsbedingungen und die der Schüler. Auch ich unterrichte das Fach Musik nunmehr seit 28 Jahren und kenne das Gefühl, am Ende nach wochenlangen Proben und dem Opfern der Freizeit einfach platt zu sein. Warum tun wir uns das also an? Wir sollten uns doch mal alle ernst und ehrlich überprüfen, wie oft wir jammern, aber trotzdem immer wieder uns für die Schüler und die Schule breitschlagen lassen, zusätzliche Arbeit zu leisten, die von der Gesellschaft nicht honoriert wird. Allenfalls von ein paar Eltern, KollegInnen und der Schulleitung, die damit ihr Schulprofil aufpolieren können. Fragen wir uns doch mal, wie viele GEW-Mitglieder sitzen eigentlich auf kommissarischen Stellen, sei es als Schulleiter, Konrektor, Fachleiter, Päd. Koordinator usw.? Warum machen sie das, obwohl derzeit keine Aussicht auf Übernahme besteht? Sind dies alle verzweifelte Individualisten, die immer noch glauben, der Staat, bzw. das Land Berlin wird sie doch irgendwann einmal belohnen? Mitnichten! Alles was ich sagen kann ist, legt diese Arbeit nieder. Protestiert auf diese Weise gegen das Diktat der neuen Arbeitszeitverordnung. Hört endlich auf, euch mit diesen unzähligen Nebentätigkeiten und kommissarischen Ambitionen täglich zu betrügen. Ich stelle mich jedenfalls nicht mehr mit Trillerpfeife und Luftballon auf den Alexanderplatz, solange nicht wirksamere Aktionen diskutiert werden.

Werner Drake

Den Osten vergessen?

Es müssen Dutzende Schulen gewesen sein, die in den letzten Jahren, vor allem im Ostteil der Stadt, geschlossen wurden. Ich selbst habe in den vergangenen fünf Jahren allein in einem kleinen Lichtenberger Kiez die Schließung von zwei kompletten Schulen erlebt. Kollegien und Schülerschaft wurden zum Teil auf meine damalige Schule verteilt. Auch wurden schon mal Lehrer

von Lichtenberg oder Hohenschönhausen nach Spandau oder Steglitz versetzt. Schon daher mutet die Zeile „Eine Schule wird geschlossen“ auf dem Titelblatt der blz-Ausgabe Juli/August seltsam an. Warum ist die Schließung einer kleinen Schule im Westen für die GEW Grund für eine Titelstory, während der gleiche massenhafte Vorgang im Ostteil der Stadt kaum eine Zeile wert ist?

Der Artikel ist mir des Weiteren zu rührselig. Da wird vom wichtigsten Objekt der Schüler für ihre Identifikation außerhalb der Familie gesprochen. Woher weiß man das? Noch übertriebener ist die Aussage, dass viele KollegInnen nicht wissen, was sie nach den Sommerferien erwartet, weil sie noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden hätten. Gemeint ist wohl der Arbeitsort, denn schließlich werden die Betroffenen nicht entlassen oder müssen im Bergwerk Steine klopfen. Was schließlich über das Autofahren und das „zu Fuß gehen“ des Direktors geschrieben wird, ist pädagogisch so fragwürdig, wie die üblichen Lehrerparkplätze auf dem Schulgelände.

Insgesamt offenbart der Artikel die mangelnde Wahrnehmung der Probleme im Osten. Ich kann mir vorstellen, dass nicht wenige meiner Ostkollegen, aber auch andere „Wanderlehrer“, wie viele Religions- und Lebenskundelehrer, die an mehreren Schulen gleichzeitig arbeiten, mal wieder den Kopf schütteln und sagen, „das hab ich alles schon ein oder mehrere Male durch“.

Am seltsamsten mutet mir jedoch die Einstellung an, die ich oft bei Lehrern gefunden habe, und die auch dieser Ar-

tikel ganz klar zum Ausdruck bringt. Lehrer scheinen ihre Versetzung an eine andere Schule als persönliche Katastrophe zu erleben. Gerade so, als könne man nur an der jeweiligen Schule gut arbeiten und als seien alle anderen Schulen Orte des Grauens. Dabei könnte gerade der Wechsel und das Erleben eines anderen Schul- und Arbeitsklimas, manche Verkrustung aufbrechen und die eigene Betriebsblindheit überwinden helfen. In diesem Sinne kann ich aus eigener Erfahrung nur dazu ermutigen, einen Wechsel auch als eine neue Chance zu begreifen.

Olaf Schäfer

Schulassistenten – ein neuer Weg zur Schulreform?

Die Europäisierung der Hochschulbildung wird in wenigen Jahren, trotz mancher Fragen im Detail etwa bei Architekten und Naturwissenschaftlern, zur Umstellung aller Diplom- und Magisterstudiengänge auf Bachelor- und Masterabschlüsse führen. Dieser sog. „Bologna-Prozess“, benannt nach dem Ort der entsprechenden EU-Vereinbarung, wird grundsätzlich auch für Berufe gelten, für die bislang Staatsexamina Voraussetzung waren – also auch für Lehrer.

Berlin hat diesen Weg eingeschlagen: Zum WS 2004/05 soll die Lehrerbildung gesetzlich auf das in Modulen zu studierende BA/MA-Studium umgestellt werden. Nach den Eckwerten der SPD/PDS-Planung gilt: Selbständig unterrichten darf nur, wer einen Master hat. Die Professionsorientierung gilt von Anfang an, also schon im BA-Studi-

ANZEIGE

9. 11. 1918 + 9. 11. 1938 + 9. 11. 1989
SCHICKSALSTAG(E) IN DEUTSCHLAND

WEGE - IRRWEGE - UMWEGE

ENTWICKLUNG DER PARLAMENTARISCHEN DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND

DAUERAUSSTELLUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

BERLIN > Deutscher Dom > Gendarmenmarkt
Öffnungszeiten Mi bis So 10 - 18 Uhr > Di 10 - 22 Uhr > Einzelführungen täglich
11 und 13 Uhr > Anmeldungen für Gruppenführungen: Tel. 030 - 22 73 04 31
> EINTRITT FREI

JEDEN 1. DIENSTAG IM MONAT: FILMABEND IM DEUTSCHEN DOM
DER FILMBEGINN IST JEWELLS UM 19 UHR > EINTRITT FREI

um. Der BA kann nach drei Jahren abgeschlossen werden, der Master nach zwei Jahren, das Referendariat wird auf ein Jahr verkürzt. Das MA-Studium ist Teil der (kostenlosen) Erstausbildung. Nach dem Willen von „Bologna“ soll auch der BA in eine berufliche Perspektive münden. Wenn es nicht das selbstständige Lehramt ist, was dann? Hier schlagen SPD und PDS ein neues Berufsfeld vor: den „Schulassistenten“. Das gibt es in einigen anderen Staaten, etwa in Skandinavien: Schulassistenten könnten in der erweiterten Halbtagschule und in den Ganztagschulen die Betreuung übernehmen, bei der Hausaufgabenbetreuung helfen, Arbeitsgemeinschaften durchführen, als Ombudsman (oder -frau) dienen, die Pflege von Facheinrichtungen (Chemie, Physik, Biologie, Geografie, Musik- und Kunst-raum) betreiben, bei der Integration von Sinnes- und Körperbehinderten betreuende und helfende Aufgaben wahrnehmen – kurzum alles, was in einer modernen Schule an Aufgaben anfällt, die nicht selbständiger Unterricht sind. Der Schulassistent könnte darüber hinaus die dringende zu verbessernde Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe verantworten und innerschulisch bei Maßnahmen zur Gewaltprävention oder anderen Programmen mitwirken. Lehrer wären in vielem entlastet. Schulassistenten könnten Teil einer modernisierten, ganztägig offenen Schule werden. Schulassistenten erscheinen so als die Quadratur des Kreises: Denn sie haben einerseits ja schon Schulfächer und Pädagogik studiert, verstehen also etwas Unterricht und Erziehung, und sind andererseits zu Recht noch nicht

allein im Unterricht verantwortlich. Sie können innerhalb von drei Jahren entscheiden, ob sie noch den Master draufsatteln oder Schulassistenten bleiben wollen. Die guten Erfahrungen, die andernorts mit Schulassistenten gemacht wurden, sollten Berlin ermutigen, diesen Weg einzuschlagen. Die Sorge, damit entstünde ein „Billiglehrer“, ist unberechtigt, wenn – wie vorgelesen – klar geregelt wird, dass Schulassistenten keinen selbständigen Unterricht durchführen. Ich plädiere dafür, dass die TU das Konzept der Schulassistenten als BA-Abschluss auf dem Weg zum MA-Lehrer unterstützt und an der curricularren Ausgestaltung mitwirkt.

Ulf Preuss-Lausitz

Frauen ungeeignet für die Schule?

Mit welcher „Professionalisierung“ konnte der FU-Präsident Dieter Lenzen auf den so wichtigen Lehrstuhl für Philosophie der Erziehung geraten? Seine in „Diagnose Lehrer“ vorgestellten Ansichten (siehe September-blz, Seite 31) erinnern mich an die Auseinandersetzungen mit meinen Vorgesetzten in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Mein Schulrat riet mir, den Schuldienst aufzugeben, da ich doch einen Mann und einen Haushalt hätte; es müsste ja wohl etwas dabei zu kurz kommen. Meine Antwort, ja, der Haushalt käme zu kurz, war für ihn nicht akzeptabel. Mein Ausbildungsleiter in der Phase vor der Zweiten Staatsprüfung lehnte Unterricht in Projekten, Lernen durch Eigentätigkeit und durch Versuch und Irrtum ab. Sowohl er als auch der

für mich zuständige Schulrat hielten Vorsagen durch die Lehrerin und Nachplappern durch die Kinder für die bessere Methode. Mein Tätigkeitsbericht, damals die für die Zulassung zur Zweiten Staatsprüfung erforderliche Hausarbeit, wurde mit „mangelhaft“ bewertet, da ich so viel über Erziehung geschrieben hatte. Die Begründung für dieses Urteil war, ich wäre eine Lehrerin, keine Erzieherin! Mir wurde auch vorgeworfen, dass ich mit meiner 9. Klasse eine Klassenfahrt unternommen hatte statt zu unterrichten. Professor Lenzen sollte sich von Neurodidaktikern beraten lassen. Deren Forschungsergebnisse besagen, dass Gelerntes umso leichter im Gehirn gespeichert und wieder abgerufen werden kann, je stärker bei der Begegnung mit dem Inhalt auch Emotionen angesprochen werden. Professor Lenzens Zynismus gipfelt in dem Vergleich von teilzeitbeschäftigten Lehrerinnen mit Lager- oder Kassiererpersonal in Supermärkten. Weiß er nicht, dass die besten Lehrerinnen und Lehrer diejenigen sind, die den Unterricht nicht als professionelle Berufstätigkeit mit Distanz zu Schülerinnen und Schülern und deren Eltern ausüben, sondern sich durch pädagogisches Geschick und soziale Verantwortung auszeichnen?

Eleonore Kujawa



GEW-KALENDER 2004

Der (grüne) GEW-Kalender mit Jahreskalendarium für alle, die im Wissenschaftsbereich oder im Bereich Jugendhilfe/Sozialarbeit beschäftigt sind, sowie für alle Rentnerinnen und Rentner ist erschienen und wird auf Anforderung zugeschickt. Bitte den folgenden Abschnitt an die GEW BERLIN schicken (aus organisatorischen Gründen keine telefonischen Bestellungen).

GEW-KALENDER 2004: JA, DEN WILL ICH HABEN!

Name: _____

Adresse: _____

Bitte an die GEW BERLIN, Ahornstraße 5, 10787 Berlin senden/faxen (030 / 21 99 93-50) oder mailen (mitgliedsverwaltung@gew-berlin.de)

WIE WEITER NACH DER ARBEITSZEIT- VERLÄNGERUNG FÜR LEHRKRÄFTE?

Nach dem Abschluss des Tarifvertrags und der nicht zurückgenommenen Stundenerhöhung steht die GEW BERLIN vor der Frage nach der richtigen Strategie für die nächsten Jahre. Wir haben die Diskussion dazu am 15.9. begonnen. Nach intensiver Debatte wurden bei diesem Treffen vier AG's gebildet: Stärkung der innergewerkschaftlichen Strukturen (Ansprechpartner Hartmut Schurig), Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte (Rose-Marie Seggelke), Tarifvertrag für Lehrkräfte (Ilse Schaad), Bildungspolitische Offensive (Peter Sinram). Die Arbeitsergebnisse sollen Grundlage einer Strategiekonferenz im Januar sein. An der Diskussion müssen sich aber dringend auch jüngere Mitglieder beteiligen. Der Altersdurchschnitt am 15. September lag deutlich über 50 Jahre! Meldet euch bei Nuray Turan in der Geschäftsstelle (Tel. 21 99 93 24) und erfragt die Termine der AG-Sitzungen. Nächstes Plenumstreffen: 3.11. um 15 Uhr im GEW-Haus.

Rose-Marie Seggelke



Money makes the world go round...

FOTO: MANFRED VOLLMER • MONTAGE: BLEIFREI/SIKORA

Hochschule und Geld

Money makes the world go round ... In der Hochschullandschaft kann Geld auch alles zum Stillstand bringen, jedenfalls fehlendes, gespartes, gekürztes, zurückbehaltenes, nicht ausgezahltes und ähnliches Geld. Zum Beispiel fangen im Hochschulbereich nach einem dreiviertel Jahr die Tarifverhandlungen überhaupt erst an, und es steht schon fest, dass in jedem Fall weniger als vorher dabei herauskommt. Der Bericht von Rainer Hansel schildert Näheres. Und immer wieder tauchen die Studiengebühren auf, auch in den Köpfen der Berliner Politiker. Dabei stört offenbar nicht, dass die Koalitionsvereinbarung zwischen den hiesigen Regierungspartnern und das neue Hochschulrahmengesetz solche Gebühren ausdrücklich ausschließen. Das ist knapp zwei Jahre her und war damals erklärter Wille der Parteien. Ob sich die Politik eigentlich hinreichend Gedanken über unerwünschte Folgen von Studiengebühren macht? Vielleicht sollte auch außerhalb des GEW-Kreises der Artikel von Bernhard Nagel zur Kenntnis genommen werden ... Um einzusparendes Geld geht es im dann folgenden Artikel zur Umgestaltung der Berliner Hochschul-

medizin. 98 Mio. Euro sollen es sein. Den Verdacht, dass nach vielem Hin und Her zum Schluß mal wieder für die Politiker ein Kompromiss gefunden wurde, der für die unmittelbar Betroffenen jede Menge Probleme bringt, die Millionen Euro aber nicht erbringen wird, haben auch die VerfasserInnen des Artikels: Wolfgang Mix, Kordula Schulz und Henning Cammann.

Dass entgegen landläufigen Meinungen das Studium nicht für alle aus der Westentasche zu bezahlen ist, zeigt sich auch am Vorhandensein verschiedenster Förderungsinstitutionen. Einen Überblick über die verschiedenen Stiftungen gibt Andreas Schmidt in seinem Bericht.

Und auch nach dem ersten Abschluss geht es in der Promotionsphase wieder um die Finanzierung. Ansgar Warner stellt den Konflikt dar, der im Bologna-Prozess zwischen den Lösungen „Stipendienfinanzierung“ und „Promotion auf Stellen“ besteht und bezieht für die GEW eindeutig Stellung für letzteres.

Die geneigte LeserIn sieht: ohne Moos nichts los. Jedenfalls nur sehr wenig ...

Folker Schmidt

Hochschulen zwischen Anspruch und finanziellem Dilemma

Tarifvertragsverhandlungen in Berlin: Zweite Runde – Die Hochschulen sind dran

von Rainer Hansel, Leiter des Referates Hochschule und Forschung



FOTO: TRANST

Nachdem die Tarifvertragsverhandlungen in Berlin ein vorläufiges Ende gefunden haben, müssen die Hochschulen nun selbst ran. Als Mitglied der Verhandlungsgemeinschaft haben sie den Berliner Abschluss hautnah miterlebt. Da sie sich vorbehalten haben, den Abschluss zu bewerten und anschließend selbst zu verhandeln, geht es jetzt los.

Die Situation der Hochschulen ist nicht einfach. Nach rigorosen Kürzungen seit Jahren, zuletzt durch die Vorgaben zur Struktur 2000 (Vertragsstand von 1998), sind die noch nicht abgeschlossenen Umstrukturierungen mit neuerlichen Vorgaben bis 2009 weiterzuführen und die Strukturen in bisher ungekannter Größe zu kürzen: d.h. Leistungsabbau, Studienplatzabbau, Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen, Demotivation in einem der wenigen zukunftsträchtigen Bereiche von Berlin. Die Vorgaben finanzieller Art durch den Tarifvertrag und die Vertragssummen kollidieren mit den Ansprüchen an die Entwicklung der Wissenschaft und der Hochschul- und Forschungseinrichtungen. Die Hochschulen stehen vor der Aufgabe, tarifpolitisch die Quadratur des Kreises zu erreichen. Ich möchte auf einige Punkte aufmerksam machen, um Maßstäbe für die Bewertung eines möglichen Abschlusses aufzuzeigen.

Berlin ist kein einheitliches Tarifgebiet im Öffentlichen Dienst. Das Land Berlin hat einen neuen Tarifvertrag geschlossen. Andere Arbeitgeber wie BVG, BSR, Vivantes sind an den Potsdamer Abschluss gebunden. Aus den Verbänden ausgetretene Arbeitgeber haben zur Zeit einen „eingefrorenen“ BAT/BAT-O auf dem Niveau vor dem Potsdamer Tarifabschluss. Hinzu kommt, dass der Urlaubs-Zuwendungstarifvertrag bundesweit gekündigt ist und deshalb bei Neueinstellungen bis zu einem neuen Abschluss kein Urlaubsgeld, keine Zuwendung gezahlt werden wird. Dies ist für wissenschaftliche Einrichtungen mit einem hohen Anteil immer wieder neu begründeter Fristvertragsverhältnisse ein nicht unerheblicher Bereich.

Was könnte also „entsprechende Übertragung“ heißen? Besonderheiten gibt es bei den Hochschulen schon: Zur Lehre gehören Lehrdeputate und Kapazitäten. In der Forschung sind Qualifikierungsaspekte und Befristungen sowie drittmittelförderte Beschäftigungsverhältnisse zu berücksichtigen. Service, Technik und Verwaltung unterliegen Besonderheiten, die durch die Budgetie-

rungsprozesse, Evaluierungsanforderungen, Studienstrukturreformen zunehmend professionalisiert werden müssen.

Drei Punkte möchte ich herausgreifen. Erstens die Lehrverpflichtung. Geht man vom Prinzip Entgelt gegen Freizeit aus, muss auch die Lehre beeinflusst werden. Entgeltkürzung führt unmittelbar zur Kürzung des Lehrdeputats. Die Hochschulen wollen anders argumentieren. Wenn es eine neue besondere regelmäßige Arbeitszeit gibt, dann löst diese das volle Deputat aus. Folge wäre u.a. die Erhöhung (!) der Lehrverpflichtung der MitarbeiterInnen auf halben Stellen. Die Arbeitgeberposition ist die Fortsetzung der Diskussion im Schulbereich.

Zweitens sind die Befristungen eine Besonderheit. Zum einen sind Projekte und Qualifizierungen fristgebunden: Die Fristen aus dem HRG setzen zeitliche Grenzen. Die Konkurrenzsituation im Forschungsbereich schafft Notwendigkeiten von bundesweiter/internationaler Vergleichbarkeit. Wenn hier das Berliner Tarifvertragsprinzip umgesetzt wird, müsste auch die Frage nach den Kompensationen beantwortet werden. Für befristete Arbeitsverhältnisse sind ausgeschlossene betriebsbedingte Kündigungen keine Kompensation, es sei denn, alle Arbeitsverhältnisse werden entfristet. Arbeitszeitverkürzung ist angesichts der einzuhaltenden Fristen ein technokratisches Vehikel, die Realität ist eine andere.

Drittens gibt es ein Riesenproblem 2009/2010. Der Rücksturz in die dann vielleicht existierende BAT/BAT-O-umgebung verursacht Kostensprünge von 10 Prozent im Personalhaushalt. Wer glaubt, das Land Berlin würde diese dann erstatten, hat von den politischen Realitäten herzlich wenig verstanden. Müssten die Hochschulen nicht daran interessiert sein, vor 2009, wenn alles zusammenläuft (Laufzeit TV Berlin, Laufzeit Hochschulverträge, Ost-West-Angleichung im BAT/BAT-O bis dahin), eine kalkulierbare Übergangsbedingung tariflich auszuhandeln?

Fragen über Fragen. Und dabei sind der Abschluss betriebsbedingter Kündigungen, Alterszeit, Arbeitszeitkonten, noch gar nicht diskutiert. Mit dem Beginn der Hochschulverhandlungen am 11.09. wird all dies auf den Tisch kommen. Die Herstellung einer Tarifbindung der Hochschulen ist für die Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit der Arbeitsverhältnisse ein hohes Ziel. Aber nicht um jeden Preis! ■

Wie wirken Studiengebühren?

Bei der Beurteilung sollten die Erfahrungen in anderen Ländern mitbedacht werden.

von Bernhard Nagel, Universität Kassel

Untersucht man die sozialen Auswirkungen von Studiengebühren, gehen viele Menschen von der landläufigen Auffassung aus, das Studium in Deutschland sei für die Studierenden kostenlos. Dies ist nicht richtig. Aus einer Untersuchung von Beckmann im Jahre 1997 ergibt sich, dass der private Finanzierungsanteil etwa ein Drittel beträgt, somit die Studierenden ein Drittel der Kosten ihres Studiums selbst oder durch ihre Eltern zu tragen haben. Der Hauptkostenblock, an den auch von den Studierenden selbst meist nicht gedacht wird, sind die so genannten Opportunitätskosten: der Verzicht auf ein Arbeitseinkommen während des Studiums. Sie sind deshalb relativ hoch, weil die Studierenden mit ihrer abgeschlossenen Schulbildung bereits die Möglichkeit haben, auf dem Arbeitsmarkt zu relativ hohen Gehältern einzusteigen. Hinzu kommen die Lebenshaltungskosten, die für die Studierenden insofern nicht ganz so hoch wie für andere sind, weil sie beispielsweise von den niedrigen Mensapreisen profitieren. Eine Entlastung erhalten die Studierenden durch BAföG, durch die Kindergeldzahlungen, die der Staat an ihre Eltern gibt, durch Subventionen aller Art, zu denen auch begünstigte Monatskarten der Verkehrsbetriebe und Versicherungsleistungen zählen.

Wenn man die Effizienz der Einführung von Studiengebühren untersucht, muss man insbesondere fragen, inwieweit sich Studienbewerberinnen und Studienbewerber durch derartige Gebühren vom Studium abschrecken lassen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Studierenden in Deutschland und Österreich als Alternative ein ausgebaut System der dualen Berufsausbildung vorfinden. Derartige Alternativen sind in den angelsächsischen Ländern nicht gegeben, da es dort keine systematische Berufsausbildung nach mitteleuropäischem Muster gibt. In England und in den USA betrachten Studierende das Studium als notwendige Voraussetzung für einen späteren Beruf,

in dem sie entsprechend hohe Verdienstmöglichkeiten haben. In Deutschland und Österreich können auch die Absolventen der dualen Berufsausbildung in relativ hohe Gehaltsstufen aufsteigen.

In den USA ist zu beobachten, dass die Verschuldung der Studierenden in den letzten Jahren dramatisch angewachsen ist. Zwar gibt es nach wie vor das großzügig ausgebaute Stipendienwesen. Wer an der Harvard-Universität zugelassen ist, braucht sich um eine Finanzierung meistens nicht zu sorgen. Daneben kann man über Jobs an der Universität seine finanzielle Situation aufbessern. Dennoch ist in den USA eine Spaltung zwischen Arm und Reich zu beobachten, was die Studiermöglichkeiten anbetrifft.

England: Studiengebühr nach Postleitzahl

In England wurde durch die New-Labour-Regierung im Jahr 1998 ein System von Studiengebühren eingeführt, das 1999 mit der Ablösung von Zuschüssen durch zinslose Darlehen gekoppelt wurde. Die Studiengebühren betragen ursprünglich 1.000 Pfund im Jahr; zum Einschreibungstermin im Jahre 2002 wurden sie auf 1.100 Pfund jährlich erhöht. Die Darlehen betragen allgemein 3.815 Pfund im Jahr; wer in London wohnt, erhält 4.700 Pfund, wer bei seinen Eltern wohnt, nur 3.020 Pfund. Keine Studiengebühren zahlen 42 Prozent der Studierenden, 19 Prozent zahlen diese nur teilweise.

Am 11. Juli 2002 legte ein Ausschuss des britischen Unterhauses den Post-16-Student-Support-Report vor. Der Ausschuss verlangt höhere Darlehensbeträge und eine Heraufsetzung der Darlehensobergrenzen. Außerdem wird ein höheres Post-Code-Premium gefordert. Damit ist gemeint, dass die Studierenden, die aus Gegenden mit besonders niedrigem Einkommen stammen, besonders gefördert werden. Die Auswahl wird nach der Postleitzahl (Post-Code) getroffen.



► Schottland: Akademikersteuer

In Schottland wurde im Jahre 1999 die Regionalautonomie verwirklicht. Das schottische Parlament ist auch für die Studiengebühren zuständig. Da in Schottland Verhältniswahlrecht gilt, war die Labour Party bei der Regierungsbildung auf die Liberal Party angewiesen. Diese rang ihr das Zugeständnis ab, dass Schotten an schottischen Universitäten keine Studiengebühren zahlen, sich aber verpflichten müssen, nach dem Abschluss des Studiums und einer gewissen Karenzzeit 2.000 Pfund in den Graduate Endowment Fund of Scotland einzuzahlen. Der Betrag, der zu zahlen ist, wurde 2002 auf 2.050 Pfund erhöht. Es handelt sich im Ergebnis um eine Akademikersteuer.

Auch in Schottland gibt es bei den nachträglich zu zahlenden Studiengebühren eine Versicherungslösung: Erst ab einer bestimmten Einkommensgrenze muss man zahlen. Arme Studierende werden in Schottland durch Zuschüsse bis zu einem Einkommen von 15.000 Pfund der Eltern jährlich unterstützt. Außerdem gibt es bursaries, aus denen Studierende ebenfalls finanziert werden können. Hinzu kommen Sonderprogramme für Graduierte.

Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass Schottland seine Begabungsreserven besser ausnützt als England. Zwischen 1999 und 2000 stiegen die Studierendenzahlen von Schotten in Schottland um rund 10 Prozent, im darauf folgenden Jahr um weitere fünf Prozent. Die entsprechenden Zahlen für England lauten 1,6 und 2,3 Prozent.

Österreich: Weniger Studierende

In Österreich wurde von der konservativ-rechtsliberalen Bundesregierung im Jahre 2000 relativ kurzfristig ein Konzept von Studiengebühren durchgesetzt. Seit dem Wintersemester 2001/02 müssen jährlich etwa 726 Euro Studiengebühren bezahlt werden. Dies hat zu einem Rückgang der Studierendenzahlen um 20 Prozent und der Ersteinschreibungen um 15 Prozent geführt. Davor hatte es drei Jahre lang Steigerungen der Ersteinschreibungen um jeweils etwa 8 Prozent gegeben. Im Sommersemester 2002 ging die Zahl der Ersteinschreibungen sogar um 15,8 Prozent zurück.

Es ist unklar, wo diese Studierenden beziehungsweise Studienbewerber geblieben sind. Bei den Studierendenzahlen insgesamt kann man vermuten, dass Karteileichen aus den Statistiken verschwunden sind. Die Zahl von 20 Prozent erscheint dennoch hoch. Bei den Ersteinschreibungen ist ziemlich sicher, dass die fehlenden 15 Prozent nicht an die Fachhochschulen gegangen sind. Es bleiben nur private Einrichtungen übrig. Alternativ dazu könnten diese Studienbewerber direkt in den Beruf gegangen sein. 1996 gab es in Österreich eine ähnliche Situation. Es wurden Leistungen im Bereich der Studienförderung gekürzt. Die Zahl der Studienbewerber sank ab. Es gab insbesondere auch sinkende Übertrittsquoten von Absolventen der berufsbildenden höheren Schulen.

Die kurzfristigen Auswirkungen der Einführung

von Studiengebühren sind überraschend groß. Obwohl die Studiengebühren relativ niedrig sein, haben sie zu einem drastischen Rückgang bei der Ersteinschreibungen geführt. Es ist zu fragen, ob Studiengebühren ein politischer Preis ähnlich wie der Benzinpreis sind, auf den die Betroffenen besonders sensibel reagieren.

Niederlande: Grundstipendium für alle

In den Niederlanden wurde im Jahre 1986 ein neues System der Studienförderung eingeführt. Es gibt Grundstipendien für alle. Hinzu kommen zusätzliche Stipendien für Bedürftige und Darlehen, daneben gibt es Studiengebühren für alle. In den letzten Jahren war zu beobachten, dass das Grundstipendium abgesunken ist; die zusätzlichen Stipendien und die Darlehen stiegen an. Ebenfalls konnte eine Steigerung der Studiengebühren beobachtet werden. Insgesamt haben die Studiengebühren zu keiner erkennbaren Absenkung der Bewerberzahlen an niederländischen Hochschulen geführt. Dies ist insofern verständlich, als alle Studierenden ein Grundstipendium erhalten, aus dem sie die Studiengebühren bezahlen können. Andererseits wurden in den letzten Jahre Erfolgskontrollen eingeführt. Dies ging so weit, dass die Studienförderung, auch das Grundstipendium, zuerst nur als Darlehen ausgezahlt wird. Erst wenn man einen Studienfortschritt durch entsprechende Leistungsnachweise belegen kann, wird das Darlehen in einen Zuschuss (Grundstipendium) umgewandelt.

Die darüber hinaus zur Verfügung gestellten Darlehen werden von niederländischen Studierenden nicht gerne genommen. Zum einen können damit, da die Darlehensraten immer gleich sind, Schwankungen im Finanzierungsbedarf nicht ausgeglichen werden, zum anderen können die Studierenden ihre finanzielle Situation durch Semesterjobs aufbessern. Auch erklären sich viele Eltern bereit, ihren Kindern finanzielle Zuschüsse zu gewähren, damit sie nicht auf die staatlichen Darlehen angewiesen sind.

Zusammenfassung

Aus der Betrachtung dieser vier westeuropäischen Länder ergibt sich, dass die Studiengebühren nicht isoliert betrachtet werden dürfen. Man muss sie im Zusammenhang mit den übrigen Studierkosten betrachten und hierbei auch die Opportunitätskosten und die Lebenshaltungskosten einbeziehen. Die Abschreckung, die durch Studiengebühren in Österreich verursacht wurde, kann nicht allein durch ökonomische Faktoren erklärt werden. Vielleicht muss man hier kulturelle Faktoren hinzunehmen. Zu vermuten ist, dass beispielsweise die Bereitschaft von Studienbewerbern, sich zu verschulden, in Österreich niedrig ist.

Die Akzeptanz von Studiengebühren hängt auch mit der Strategie zusammen, welche bei ihrer Einführung gewählt wird. Wenn man, wie in den Niederlanden, die Studiengebühren mit der Einführung eines allgemeinen Grundstipendiums koppelt,

► ist die Bereitschaft, Studiengebühren zu akzeptieren, höher als in anderen Ländern.

Schließlich ist bei der Einführung von Studiengebühren auch an psychologische Wirkungen zu denken. Die Studiengebühren in Schottland wurden besser aufgenommen als die Studiengebühren in Österreich. Dies hängt sicherlich damit zusammen, dass sie in Schottland nur nachträglich bezahlt werden müssen und in einen bestimmten Fonds eingespeist werden, der für den Bildungs- und Hochschulbereich zur Verfügung steht.

Fragt man danach, ob Studiengebühren abschreckend auf Studienbewerber wirken und dadurch ein Hindernis bei der Ausschöpfung von Begabungsreserven darstellen, dann muss man Zuschüsse, Darlehen und Studiengebühren insgesamt betrachten. Außerdem spielt es eine erhebliche Rolle, ob die Studiengebühren an den Hochschulen verbleiben.

Insgesamt kann in Deutschland zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf Grund der Erfahrungen in Österreich nur von der Einführung von Studiengebühren abgeraten werden. Sie dürften einen ähnlichen Abschreckungseffekt wie in Öster-

reich haben, insbesondere dann, wenn sie wie in Österreich in den allgemeinen Staatshaushalt fließen und nicht von vornherein den Hochschulen verbleiben. Wenn sich das Problem der Unterfinanzierung der Hochschulen aber infolge der zurückgehenden Steuereinnahmen verschärft, ist neben den bisher diskutierten Effizienzverbesserungen im Studienbetrieb, zum Beispiel auch den Globalhaushalten, auch an Steuerungsmodelle nach dem Muster des Studienkontenmodells zu denken, das der rheinland-pfälzische Wissenschaftsminister Zöllner im November 2001 vorgestellt hatte. Allerdings muss eine einseitige Bevorzugung von Akademikern vermieden werden, wenn es um Ansprüche auf eine finanzielle Beteiligung des Staates an Weiterbildungsmaßnahmen geht, die in dem Zöllner-Modell enthalten sind. Es ist zu fragen, ob nicht alle Bürgerinnen und Bürger einen Darlehensanspruch auf die Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen erhalten sollen, wobei die Rückzahlung des Darlehens an das Erreichen eines bestimmten Einkommensniveaus gekoppelt werden sollte. ■

Perspektiven der Berliner Hochschulmedizin

Expertenkommission und Wissenschaftsrat sollen Alternative zur Schließung des Universitätsklinikums Benjamin Franklin finden.

von Wolfgang Mix, Kordula Schulz und Henning Cammann, Personalräte an der Humboldt-Universität Berlin

Wer erinnert sich nicht an die öffentlichkeitswirksamen, z.T. spektakulären Protestaktionen vor allem im Januar 2002, die die Schließung des Universitätsklinikums Benjamin Franklin (UKBF) der Freien Universität und seine Umwandlung in ein normales Versorgungskrankenhaus mit ggf. privater Trägerschaft verhindern sollten.

Wenig später verwirft die Landesregierung den Schließungsbeschluss, entscheidet aber gleichzeitig, dass alternativ die „Einspar“summe von jährlich 98 Mio. Euro durch die gesamte Berliner Hochschulmedizin erbracht und ein alternatives „Einspar“modell erarbeitet werden soll. Dazu wird vom Berliner Senat eine Expertenkommission eingesetzt, die bis Juni 2002 ein mittelfristig umsetzbares Gesamtkonzept für die Neustrukturierung der Berliner Hochschulmedizin als Grundlage für ein Gesetz über die Umstrukturierung der Hochschulmedizin im Land Berlin (HS-Med-G) vorlegen soll. Zu diesem Expertenergebnis soll der Wissenschaftsrat als höchste Autorität eine bewertende Stellungnahme abgeben. Angesichts des durch

den Berliner Senat radikal eingegengten Finanzrahmens befürwortet die Expertenkommission in ihrem Gutachten vom Oktober 2002 die Einrichtung eines vereinten Berliner Universitätsklinikums und die gleichzeitige Gründung einer gemeinsamen Medizinischen Fakultät. Die Expertenkommission empfiehlt, die neue Fakultät beiden Universitäten als gemeinsame Gliedkörperschaft zuzuordnen. Damit würden der Totalverlust der Medizin für FU oder HU verhindert und die wissenschaftsgünstigen Campus-Situationen an den Standorten Mitte und Dahlem/Steglitz einschließlich der vorhandenen Netzwerke innerhalb der beiden Universitäten erhalten. Vor dem Hintergrund des mit der Fusion einhergehenden Bettenabbaus und der begonnenen Umstellung der Krankenhausfinanzierung (Einführung des Fallpauschalen-Abrechnungssystems gegenüber den Krankenkassen) mit erwarteten Mindereinnahmen von 20 bis 30 Prozent sowie der sich dadurch verschärfenden Wettbewerbssituation wird die rechtliche Verselbständigung als entscheidendes Kon-



Protest gegen Zusammenlegung.

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

- struktionselement des neuen Universitätsklinikums empfohlen – mit dem Ziel optimaler unternehmerischer Steuerungsmöglichkeiten. Diese Empfehlungen äußert auch der Wissenschaftsrat, der aber in seiner Stellungnahme vom Januar 2003 den Vorschlägen des Expertengutachtens in wesentlichen Punkten nicht folgt.

Krankenversorgung – Kooperation oder Integration?

Die Vorschläge der Expertenkommission laufen auf die Ausgliederung der Krankenversorgung aus der Medizinischen Fakultät hinaus. Das bedeutet die Herauslösung aus dem Verbund von Lehre und Forschung, in den sie bisher integriert war, sowie die Führung des gesonderten Klinikbetriebes als Anstalt des öffentlichen Rechts. Dies, obwohl anerkanntermaßen durch Lehre und Forschung die Notwendigkeit und der Umfang von stationärer und ambulanter Krankenversorgung in einem Universitätsklinikum gerade definiert wird. Deren Integration ist Grundlage für effiziente und kostengünstige Lehre, Forschung und universitäre Krankenversorgung. Nach den Expertenvorstellungen soll die herausgelöste Krankenversorgung auf der Basis komplizierter Vertragsbeziehungen mit den Bereichen Lehre und Forschung lediglich „kooperieren“ („Kooperationsmodell“). Herauslösung und Rechtsformwandlung hätten negative Folgen für die betroffenen Beschäftigten (Vergütung, Altersversorgung, Arbeitsbedingungen usw.). Für den Wissenschaftsrat hingegen ist das Kooperationsmodell wenig praktikabel, er geht davon aus, dass auch in einer öffentlich-rechtlichen Gliedkörperschaft genügend Freiraum für eine unternehmerische Klinikleitung vorhanden ist. Er empfiehlt in seiner Stellungnahme die Vereinigung der Berliner Hochschulmedizin unter einem gemeinsamen Vorstand für Forschung, Lehre und Krankenversorgung in Form einer rechtsfähigen hochschulmedizinischen Gliedkörperschaft von FU und HU, d.h. eine in die neue Medizinische Fakultät integrierte

Krankenversorgung („Integrationsmodell“). Dabei soll nach fünf Jahren überprüft werden, ob und inwieweit sich die neue Struktur bewährt hat.

Aus Sicht der Gewerkschaften und Personalvertretungen bedeuten weder die einen noch die anderen Empfehlungen eine positive Entwicklung, denn auch die ihnen zugrundeliegende modifizierte Senatsentscheidung ist wissenschafts- und beschäftigtenfeindlich. Die Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates ist allenfalls das geringere der zur Diskussion stehenden Übel. Völlig zu Recht muss generell kritisiert werden, dass für den Preis von jährlich 98 Mio. Euro die Berliner Hochschulmedizin als bundesweit einmalige Hochleistungsstruktur zerschlagen wird, ohne dass dies nennenswert zur Lösung der Berliner Finanzkrise beitragen kann.

Fusion ohne Transparenz – Zukunft im Nebel

Nach erkennbarem Ringen geben die rot-roten Koalitionäre den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zumindest formal den Vorrang und legen im März 2003 den ersten Entwurf für ein Vorschaltgesetz zum eigentlichen Hochschulmedizinstrukturgesetz (HS-Med-G) vor. Das Vorschaltgesetz ist zum 01.06.2003 in Kraft getreten. Es sollte ursprünglich die Qualität eines Errichtungsgesetzes haben, besitzt aber eine inhaltliche Ausgestaltung, die den Rahmen eines Vorschaltgesetzes weit überschreitet. Andererseits ist nicht erkennbar, dass das „Einspar“ziel von jährlich 98 Mio. Euro auf der Basis des vorliegenden Gesetzes auch nur annähernd erreicht werden kann, zumal bisher weder das in Auftrag gegebene Wirtschaftlichkeitsgutachten noch die Eröffnungsbilanzen erstellt sind. Der Verdacht, dass der Idee des Kooperationsmodells im weiteren Verlauf des Fusionsprozesses doch noch Raum gegeben werden könnte, wird immer wieder durch widersprüchliche Äußerungen der amtierenden Vorsitzenden der gemeinsam tagenden Klinikumsvorstände genährt. Sehr problematisch ist angesichts des zu erwartenden Personalüberhangs von mindestens 3000 Beschäftigten infolge der Fusion, dass das Vorschaltgesetz nicht den Ausschluss fusionsbedingter Kündigungen und Herabgruppierungen vorsieht, mit denen ernsthaft gerechnet werden muss. Darüber hinaus sind bzgl. der für die Hochschulmedizin gesondert zu führenden Tarifverhandlungen Bestrebungen auf der Leitungsebene erkennbar, bestehende Tarifbindungen zu verlassen, einen Haustarifabschluss noch unterhalb des „Berlin-Tarifvertrages“ vom 01.08.2003 zu erzielen und die VBL durch eine andere Zusatzversorgung zu ersetzen.

Die aktuellen Prozesse lassen daher wenig Raum für Optimismus, sondern sind vielmehr besorgniserregend. Nicht zuletzt deshalb, weil zu befürchten ist, dass vor dem Hintergrund der desaströsen Finanzlage Berlins seitens der Politik ein analoger Umgang auch mit anderen universitären Fächern erfolgen wird und damit der Wissenschaftsstandort Berlin auf das Niveau einer Provinzstadt herabsinkt. ■

Studieren mit Stipendium

Tipps zur Geldbeschaffung für Studierende.

von *Andreas Schmidt*

Das Studieren an den deutschen Hochschule ist (noch) gebührenfrei – von den ominösen Verwaltungsgebühren, den Strafgebühren für die bösen Langzeitstudierenden u.a. einmal abgesehen. Dennoch benötigt man als StudentIn natürlich Geld für das Leben an sich und die Universität speziell. Neben lieben(den) Eltern, Bafög und Jobben gibt als weitere „Finanzierungsquelle“ auch das Stipendium.

Neben einer Vielzahl von kleinen Stiftungen, die z.T. sehr spezielle Profile haben – die Stiftung eines längst verblichenen Fürstentums vergibt z.B. ein Stipendium an Waisen von Landarbeiterfamilien, wenn sie ledig, katholisch und im Gebiet dieses Fürstentums geboren wurden –, wird der Großteil der Stipendien von neun Studienförderungswerken vergeben. Neben einer öffentlich getragenen Stiftung gibt es noch Stiftungen, die den Parteien, dem DGB, den Wirtschaftsverbänden und den grossen christlichen Kirchen nahestehen.

Allgemeine Information

Die Stiftungen vergeben Stipendien in Höhe des Bafög-Satzes und ein monatliches Büchergeld in Höhe von 80 Euro. Finanziert werden die reinen Stipendienkosten durch den Bund, die zusätzlichen Mittel wie z.B. das Büchergeld, Sprachreisen und Seminare werden durch Spenden finanziert. Im Falle der DGB-nahen Hans-Böckler-Stiftung sind dieses u.a. die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder von Aufsichtsräten, die von den Gewerkschaften dorthin entsandt wurden.

Zu den Bedingungen für ein Stipendium gehören neben überdurchschnittlichen Studienleistungen vor allem ehrenamtliches Engagement. Hierbei kann man seine Bewerbung auch etwas genauer ausrichten: Wenn man sich in einer Partei engagiert hat, bei der Kirche oder in einer Gewerkschaft, liegen deren Stiftungen natürlich nahe – auch wenn die Zugehörigkeit zu einer Partei keine Voraussetzung ist. Zu beachten sind aber unbedingt die zeitlichen Vorgaben: Fast alle Stiftungen nehmen Stipendiaten nur bis zum Grundstudium auf, die Heinrich-Böll-Stiftung erst nach diesem. Niemand sollte sich von den Bewerber- und damit Konkurrenznummern abgeschreckt fühlen – allerdings bewerben sich z.B. bei der Friedrich-Ebert-Stiftung jedes Semester über 8.000 Studierende um ein Stipendium (bei einigen hundert Plätzen – die Zahlen schwanken jedes Jahr)! Die genauen Einzelheiten finden sich auf den Internetseiten der Stiftungen.

Die Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) unterscheidet sich etwas von den anderen Stiftungen, da hier vermehrt Stipendiaten anzutreffen sind, die vor dem Studium eine Berufsausbildung gemacht haben und sich während dieser gewerkschaftlich engagiert hatten. Wenn man Stipendiat geworden ist, besteht die Möglichkeit, sein Studium und sein Engagement wie gewohnt fortzuführen und „lediglich“ die Angebote der Stiftung anzunehmen, oder man engagiert sich auch dort.

Zu den Angeboten der HBS

Zu den Klassikern zählen die Sprachreisen im Sommer nach Grossbritannien, Frankreich oder Russland. In einem dreiwöchigen Kurs hat man die Gelegenheit, die Sprache zu lernen bzw. aufzufrischen, die anderen Stipendiaten und das Land bzw. die Stadt kennenzulernen. Besonders interessant ist das Zurückfallen in alte Schulzeiten in den Kursen – besonders für und mit Lehramtsstudierenden! Neben diesen Sprachreisen finden noch Seminare zu unterschiedlichen Themen statt, wie z.B. Sozialpartnerschaft oder Rhetorik. Besonders interessant ist es aber, selbst Veranstaltungen anzubieten und durchzuführen. Das führt dann auch gleich zum Engagement innerhalb der HBS: Man kann dort selbst Seminare anbieten, oder sich innerhalb der Stiftung engagieren (der frühere Name lautete Stiftung Mitbestimmung). Neben den demokratischen Gremien ist ein Aspekt, den nur diese Stiftung aufweisen kann, die Mitbestimmung bei der Vergabe der Stipendien. Neben den Gutachten der Hochschuldozenten und der Gewerkschaften gibt es auch die Gutachten der Stipendiaten, d.h. dass die Stipendiaten selbst den Bewerber befragen. Das ist für den Bewerber oftmals angenehmer, da man sich (fast) auf gleicher Augenhöhe befindet, und für die Stiftung auch sehr interessant, da die Stipendiaten z.T. die ehrenamtliche Arbeit der Bewerber etwas besser als die Dozenten einschätzen können, weil sie sich oft selbst in ähnlichen Organisationen engagieren.

Neben dem Geld zählen insbesondere die Netzwerkbildung und die Seminare zu den Pluspunkten eines Stipendiums.

Natürlich können hier nur Informationsrudimente wiedergegeben werden, denn zu jeder Stiftung und zur HBS speziell liesse sich noch vieles sagen – und es ist auch nicht alles so wunderbar harmonisch ... aber der Platz ist knapp. ■

Links:

DGB: Hans-Böckler-Stiftung www.boeckler.de

Studienstiftung des Deutschen Volkes: www.studienstiftung.de

SPD: Friedrich-Ebert-Stiftung www.fes.de

CDU: Konrad-Adenauer-Stiftung www.kas.de

B'90/Grüne: Böll-Stiftung www.boell.de

FDP: Friedrich-Naumann-Stiftung www.fnst.de

PDS: www.rosaluxemburgstiftung.de

CSU: Hanns-Seidel-Stiftung www.hss.de

Wirtschaftsverbände: Klaus-Murmann-Stiftung www.sdw.ord

Evangelische Kirche: www.evstudienwerk.de

Katholische Kirche: www.cusanunswerk.de

Is' was, Doc!?

Die Reform der Doktorandenphase aus der Perspektive der Bildungsgewerkschaft.

von Ansgar Warner, Mitglied der GEW-Arbeitsgruppe DoktorandInnen

Die zentrale Qualifikationsphase zwischen Studienabschluss und der Juniorprofessur wird in Zukunft die Promotion sein. Mit dem Rückenwind der bis 2010 geplanten Vereinheitlichung des europäischen Hochschul- und Forschungsraums im Rahmen des „Bologna“-Prozesses rückt nach Bachelor- und Masterphase nun auch der Weg zum Doktorhut in das Blickfeld deutscher Reformdebatten. Qualitativ steht die im Ausland oft als „Lehrlingsmodell“ belächelte deutsche Promotionsphase, die sich auf das Betreuungsverhältnis zwischen „Doktorvater“ und Promovend konzentriert, schon seit längerem im Dauerfeuer berechtigter Kritik.

Von der Graduate School zum Graduiertenkolleg

Mehr Effizienz versprechen in Zukunft „Graduiertenzentren“ bzw. „Promotionskollegs“, die ein festes strukturiertes Curriculum anbieten. An verschiedenen Orten sind mit Unterstützung etwa des BMBF, des DAAD und der DFG bereits Pilotprojekte gestartet worden: von der deutschen Version einer Graduate School – z.B. der Graduate School of Social Sciences an der Universität Bremen – bis zu Graduiertenzentren, die mehrere Fachbereiche miteinander verbinden, wie z.B. das Graduiertenzentrum Kulturwissenschaften der Universität Giessen. Somit wird umgesetzt, was das neue Hochschulrahmengesetz fordert: allen Promovierenden „forschungsnahe Studien“ und den Erwerb „akademischer Schlüsselqualifikationen“ zu ermöglichen. Diese allgemeine Forderung muss noch in den Landeshochschulgesetzen – gerade auch in Berlin – konkretisiert werden.

Von Bologna nach Berlin: Europäischer Reformdruck

Bei allem Reformeifer steht eine wichtige Richtungsentscheidung noch aus: Unterstützt Deutschland im Rahmen des „Bologna“-Prozesses das etwa in den Niederlanden und in Skandinavien etablierte System, das auf Vollzeit-Qualifizierungsstellen setzt und Lehr- und sonstigen Aufgaben eine klare Grenze (in Skandinavien: 25 % der gesamten Arbeitszeit) setzt? Oder geht der Zug in Richtung USA, d.h. in Richtung stipendienfinanzierter PhD-Studies? Der deutsche Wissenschaftsrat (WR) hat sich dafür ausgesprochen, in Zukunft Promovierende verstärkt auf Stipendienbasis zu finanzieren und Stellenpositionen erst für Postgraduierte vorzusehen. Die bundesweite GEW-Arbeitsgruppe

DoktorandInnen hat hierzu eindeutig Position bezogen: Die Promotionsphase darf nicht als verlängertes Studium angesehen werden! Promovierende leisten bis zu 40 Prozent der an Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen erbrachten Forschungsarbeit. Die Promovierenden sind aufgrund der Qualität ihrer Arbeit vollwertige Mitglieder der scientific community und müssen deswegen auch als solche eingestuft und entsprechend vergütet werden. Daher fordert die GEW-Arbeitsgruppe, die Promotion analog zum skandinavischen Modell zukünftig auf Vollzeit-Qualifizierungsstellen durchzuführen, wobei maximal 25 Prozent der Arbeitszeit für die Durchführung von Lehrveranstaltungen, Verwaltungstätigkeiten o.ä. reserviert bleiben soll. Diese Qualifizierungsstellen sollten an die Strukturen von Graduiertenzentren bzw. Promotionskollegs angebunden sein, um die problematische Überschneidung von Doktorvater/Arbeitgeber zu verhindern. Neben grundsätzlichen Rechten wie etwa Ansprüchen auf bezahlten Urlaub oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall schafft die Promotion auf Stellenbasis auch die arbeitsrechtlichen Grundlagen, um Mütter und Väter gezielter fördern zu können, da entsprechende Regelungen wie Teilzeit/Elternzeit, Mutterschutz u.ä. generelle Anwendung finden.

DoktorandInnen sind WiMis

Ein erster Schritt in Richtung einer Aufwertung der Promotionsphase ist mit der im neuen HRG geforderten Neuregelung des Promovierenden-Status bereits in greifbarer Nähe gerückt. Das gilt es auch in Berlin zu nutzen: im Landeshochschulgesetz sollten die DoktorandInnen grundsätzlich der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter zugeordnet werden.

Die überfällige Reform der Doktorandenphase ist ohne zusätzliche Investitionen nicht zu machen. Der genaue Finanzbedarf lässt sich z.Zt. jedoch allein schon deshalb nicht beziffern, weil es an konkreten Zahlen mangelt. Erst mit verlässlichen Daten über die Promovierenden wird man in Zukunft die Kosten der Reform beziffern und vor Ort – etwa über das Mittel von Zielvereinbarungen und die leistungsbezogene Mittelvergabe – eine effektivere Betreuung der Promovierenden ermöglichen können. Nur mit entschiedenen Anstrengungen wird es gelingen, den Arbeitsplatz Hochschule für qualifizierte Nachwuchskräfte – insbesondere auch für Frauen – attraktiv und wettbewerbsfähig zu machen. ■

Tarifloser Zustand ist keine Alternative

Interview mit Ulrich Thöne und Ilse Schaad zum Berliner Tarifabschluss und der Situation an Schulen und Kitas.

Das blz-Interview führte Klaus Will

Alle sind sauer über den Tarifabschluss und nicht wenige auch über die Gewerkschaften. Hätte man nicht bei den miesen Angeboten der Gegenseite die Verhandlungen abbrechen sollen? Warum ist trotzdem für Erzieherinnen und Sozialpädagogen die Vereinbarung unterzeichnet worden?

Ulrich: Die Frage ist: Welche Alternativen hatten wir? Es bestand ja nicht die Wahl zwischen einem sehr guten und einem schlechten Vertrag, sondern nur die Wahl zwischen einem tariflosen Zustand und einer tariflichen Absicherung. Wenn man die Vorteile und Nachteile gegeneinander abwägt, dann ist der abgeschlossene Tarifvertrag immer noch vorteilhafter gegenüber einem tariflosen Zustand als Alternative.

Ilse: Wir wären im öffentlichen Dienst ohne diesen Tarifvertrag nur noch in der Nachwirkung gewesen, jede Neueinstellung wäre tariffrei vorgenommen worden und alle Arbeits- und Einkommensbedingungen hätte der Arbeitgeber den Beschäftigten abbedingen können, d.h. der Arbeitgeber könnte mit jedem Einzelnen, mit jeder Einzelnen über die Bedingungen eines neuen Arbeitsvertrages verhandeln. Zum Beispiel Kündigungsschutz gegen Verzicht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld oder Kündigungsschutz gegen eine Zweidrittel-Stelle oder ähnliches. Das alles hätte nur zur Folge gehabt, dass nicht mehr eine Gewerkschaft mit kollektiven Instrumenten Arbeitsbedingungen für alle in gleicher Weise aushandelt, sondern jeder für sich. An solch einer Individualisierung der Beschäftigungsverhältnisse kann niemand ein Interesse haben. Denn was das heißt, sieht man in Kürze bei den angestellten Lehrkräften, die keinen Tarifvertrag haben. Da müssen wir schleunigst ran.

Was ist der Unterschied zwischen dem Tarifvertrag für Erzieher, den ihr unterzeichnet habt, und dem für Lehrer, bei dem ihr die Unterschrift verweigert habt?



Protest gegen die ewigen Kürzungen.

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Ilse: Bei den Erzieherinnen ist es zwar so, dass sie Einkommen verlieren, aber dafür sinkt eben auch die Arbeitszeit. Hier gibt es einen fairen Austausch zwischen Zeit und Geld. Und die Erzieherinnen haben die ganze Zeit die gleiche Arbeitszeit gehabt. Bei den Lehrkräften war aber genau dies nicht der Fall! Es gab keinen fairen Ausgleich zwischen Arbeitszeit und Geld, weil die Arbeitgeber hier die Arbeitszeit über die Beamten erhöht haben.

Die Lehrkräfte sollen die Gehaltskürzungen in Form von freien Tagen zurück bekommen. Weiß man schon, wie das vor sich gehen soll?

Ulrich: Der Senat deklariert das im Beamtenbereich als Ausgleich für die Streichung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes. Der angebliche Ausgleich! Im Lehrerbereich ist das nur ein Manöver, um zu verdecken, dass man tatsächlich die Arbeitszeit erhöht hat, dass man diese Erhöhung beibehalten will und wortbrüchig wird. Vorher haben die Senatsvertreter eine Schlechterstellung der Lehrkräfte immer weit von sich gewiesen. Das steht sogar in der Koalitionsvereinbarung.

Ilse: Soweit bekannt ist, sollen die bisherigen zwei beweglichen freien Ta-

ge, die oft als sogenannte Brückentage genutzt wurden, erhalten bleiben. Zwei weitere freie Tage aus der neuen Arbeitszeitverordnung kommen hinzu, plus fünf weitere freie Tage auf ein Arbeitszeitkonto, das vor dem Lebensarbeitszeitende ausgeglichen werden soll – und zwar mit freien Unterrichtstagen. Man hört, die zwei freien Tage laut neuer AZVO sollen die ersten zwei Schultage nach den Ferien im neuen Jahr sein. Dies gilt allerdings nicht für die angestellten Lehrkräfte. Für die gilt weder die Erhöhung nach dem Potsdamer Abschluss, noch die Kürzung von Arbeitszeit und Entgelt gemäß Tarifvertrag Berlin, noch die Kürzung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Folglich gibt es hier auch keine freien Tage. Wie allerdings die zwei freien Tage für die Beamten ohne Beteiligung der Angestellten stattfinden sollen, ist mir schleierhaft.

Es gibt zwar einige Stimmen, die einen Streik fordern, aber noch mehr KollegInnen schlagen vor, dass sich die Lehrkräfte angesichts der erhöhten Belastung auf das Kerngeschäft zurückziehen, also keine Schulfeste, Klassenfahrten und ähnliches mehr machen. Der Landesvorstand konnte sich zu einem entsprechenden Aufruf nicht durchringen. ▶

EIN BLICK ÜBER DEN TELLERRAND

Frankreich

Zum vierten Mal seit Beginn des Schuljahres hat am 2. September 2003 ein LehrerInnenstreik an den französischen Schulen stattgefunden. Aufgerufen dazu hatten die fünf wichtigsten Lehrerinnengewerkschaften des Landes. Mit dem Streik wehren sich die Lehrkräfte gegen die Pläne der konservativen Regierung, einen Teil der Lehrkräfte künftig den Regionen zu unterstellen sowie gegen geplante Verschlechterungen in der Altersversorgung. Die Gewerkschaften befürchten außerdem, dass die Sparpolitik zu Stellenstreichungen an den Schulen führen wird.

Österreich

Zum Ende des Schuljahres haben im Mai/Juni 03 die österreichischen Lehrkräfte insgesamt fünf Protest-Streiktagen veranstaltet, die sich gegen die geplante Verschlechterung ihrer Pension und gegen Stundenkürzungen richteten.

Tschechien

Zum Schulanfang am 1. September blieben rund die Hälfte aller Grund- und Mittelschulen in Tschechien wegen des Streiks von über 72.000 Lehrkräften geschlossen. Die Lehrkräfte wenden sich mit ihrem Streik gegen die geplante Finanzreform, die nur eine geringe Erhöhung der Lehrergehälter vorsieht und außerdem einher geht mit einer weitgehenden Streichung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes. Viele qualifizierte junge Leute wandern inzwischen in besser bezahlte Berufe ab. Die Schulen benötigen aber dringend junge Leute, denn das Durchschnittsalter der Lehrkräfte liegt bei etwa 50 Jahren. Tschechische Lehrer verdienen im Schnitt 17.000 Kronen (500 Euro). Die geplante Finanzreform sieht vor, dass Lehrkräfte eine Gehaltsklasse höher eingestuft werden und damit bis zu 40 Euro (Grundschullehrer) bzw. 85 Euro (Mittelschullehrer) mehr bekommen sollen. Vor einem Jahr noch hatte die sozialdemokratische Bildungsministerin Buzková versprochen, die Lehrergehälter um 130 Prozent anzuheben.

Schweiz

Rund ein Drittel der Zürcher Lehrer protestierten am 20. Juni 2003 gegen Kürzungen im Bildungswesen. Sie wenden sich vor allem gegen die geplante Erhöhung der Klassengröße von 25 auf 28 Schüler, gegen die Streichung von Stütz- und Fördermaßnahmen sowie gegen den Abbau von rund 500 Pädagogstellen.

Ilse: Dieser Vorschlag kam von einer Reihe von Schulen. Aber niemand war der Ansicht, dass man mit einer solchen Aktion den Tarifabschluss für angestellte Lehrkräfte oder die Tarifbindung wieder herbeiführen könnte. Das war mehr gemeint als allgemeine Protestmaßnahme gegen die Verschlechterungen im Bildungsbereich. Wir haben natürlich angesichts der erwartbaren Einstellungszahlen in den nächsten Jahren ein großes Interesse an der Tarifbindung. Dies werden wir auch versuchen durchzusetzen mit unseren Mitteln: dazu müssen wir möglichst viele Beschäftigte in der GEW organisieren, um gemeinsam den größtmöglichen Druck auszuüben. Andere Mittel haben wir nun mal nicht.

Ulrich, in einem Interview mit der Berliner Zeitung hast du gesagt, dass die Gewerkschaften von der Politik ziemlich allein gelassen werden und die klassischen Mittel der Gewerkschaften wie Streiks und Demonstrationen nicht mehr so recht greifen: was bleibt uns dann eigentlich noch?

Ulrich: Ich will damit sagen, dass wir es nicht nur mit einer Krise der gewerkschaftlichen Durchsetzungsfähigkeit zu tun haben, sondern mit einer Krise der sozial-demokratischen, politischen Willensbildung überhaupt. Um aus dieser Krise rauszukommen, muss über die Gewerkschaften hinaus etwas geschehen. Das sollte uns bewusst sein, dass wir Gewerkschaften allein nicht das bewältigen können, was eigentlich alle angeht, alle betrifft. Und wir sollten uns klar machen, dass die jetzige Krise nicht gemeistert werden kann durch eine einmalige Auseinandersetzung. Das wird ein längerer Weg werden. Wir sollten deshalb nicht gleich, wenn es nicht so gut läuft, in Weltuntergangsstimmung verfallen. Es geht weiter! Wir sind viele und wir werden gewinnen!

Ist die Position der Gewerkschaften nicht auch durch die erfolgreiche Entsolidarisierungspolitik des Berliner Senats untergraben worden? Durch das mit Unterstützung der Presse inszenierte Dauerfeuer gegen den öffentlichen Dienst und insbesondere gegen die gutbezahlten Freizeitlehrer?

Ulrich: Das ist richtig, und die Medien spielen dabei eine besondere Rolle. Aber ich bin mir sicher, dass diese Kampagne sich auf lange Sicht nicht durchsetzen wird. Das sieht man nicht zuletzt jetzt bei den öffentlichen Reaktionen auf die Kitakosten-Erhöhung. Die Menschen begreifen so langsam, was da vor sich geht, dass es nicht nur

angeblich Privilegierten an den Kragen gehen soll.

Ilse: Die Gewerkschaften haben ja mit einer ziemlich breiten Kampagne den Wechsel zu Rot-Grün mit herbeigeführt und haben als Ergebnis eine Regierung bekommen, die all das demonstrieren, was die Gewerkschaften mit ihrem Einsatz für Rot-Grün retten wollten. Die Stimmungsmache gegen den öffentlichen Dienst und insbesondere gegen Lehrkräfte läuft aber auch nicht erst seit gestern, sondern seit Ende der achtziger Jahre, noch unter Kohl. Damals kam man auf den Trichter, dass die Kosten des öffentlichen Dienstes und die Ausgaben für Bildung zu hoch sind und einer gewünschten Deregulierung im Wege stehen. Diese jahrelange Kampagne zeigt natürlich in der Öffentlichkeit Wirkung.

Wenn zum Beispiel jüngst die Berliner *Morgenpost* den Bericht über die OECD-Studie zu den Bedingungen für Lehrkräfte mit der Schlagzeile aufmacht „Deutsche Lehrer: Viel Freizeit bei Top-Verdienst“, dann knüpft sie damit ja nur an das berühmte Kanzler-Wort von den „faulen Säcken“ an. Obwohl viele wissen, dass dies nicht stimmt, wird diese Diffraktion immer wieder aufgegriffen.

Noch mal zurück zum Tarifvertrag! War der Tarifkommission eigentlich klar, was dieser Berliner Abschluss möglicherweise bundesweit auslöst?

Ilse: Die GEW war sich immer klar darüber, dass die anderen Bundesländer die Möglichkeiten, die sich aus dem Berliner Tarifvertrag ergeben, nutzen würden, denn die öffentliche Armut ist ja nicht nur ein Berliner Problem, sondern betrifft viele andere Kommunen und Länder. Auch wenn Frank Bsirske in der Tarifkommission betont hat, dieser Tarifvertrag sei eine einmalige Sache und kein Modell für andere Bundesländer. Man wird sehen.

Ulrich: Natürlich werden es die Gewerkschaften in den anderen Bundesländern jetzt schwerer haben, Begehrlichkeiten abzuwehren. Und wir müssen hier in Berlin weiterhin versuchen, den gegenwärtigen Trend zu brechen. Das hilft uns, und das hilft auch den KollegInnen in den anderen Bundesländern. Das „Modell Berlin“ ist kein Vorbild! Ich sage es noch einmal: Wir sollten nicht gleich in Weltuntergangsstimmung verfallen, wenn mal etwas nicht so gut läuft. Die jetzige Auseinandersetzung ist noch längst nicht entschieden, sie hat nur ein vorläufiges Ende gefunden. Aber je mehr wir werden, um so mehr Chancen gibt es, das Ruder wieder herumzureißen. ■

Eine Gesellschaft für alle Lebensalter

von Lieselotte Claubnitzer



Gewerkschaftsarbeit

FOTO PRIVAT

Auf dem zweiten Seniorentag der AGEW in Halle ging es um das Zusammenleben der Generationen. Fazit: Wir dürfen uns einen Kampf jung gegen alt nicht aufdrängen lassen. Auch die Jungen haben vor dem Eintritt in das Berufsleben mindestens schon 20 Jahre auf Kosten der älteren Generation gelebt. Gemeinsam müssen wir uns gegen die verfehlte Politik zur Wehr setzen! Bei dem heutigen Stand der Technik wird mit weniger menschlicher Arbeits-

kraft keineswegs weniger Gewinn erzielt. Deshalb ist es eine Unverschämtheit allein den jetzigen Arbeitnehmern die Versorgung der Sozialhilfeempfänger, der Arbeitslosen und der Rentner aufzubürden. Kritisiert wurde auch, dass 13 Jahre nach der Wiedervereinigung die Menschen im Osten Deutschlands noch immer nicht gleichberechtigt behandelt werden. Ostdeutsche Arbeitnehmer erhalten geringere Löhne und die Lebensleistung der ostdeutschen Rentner wird minderbewertet. Den Kampf gegen diese Ungleichbehandlung sollten Gewerkschafter in Ost und West gemeinsam führen. Bemängelt wurde auch, dass der DGB nicht energisch genug die Interessen seiner Mitglieder vertritt und vor allem Arbeitslose und Senioren zu wenig Aufmerksamkeit finden. Das ist auch sehr häufig der Grund, aus der Gewerkschaft auszutreten. Auch die Einzelgewerkschaften fordern vom DGB mehr Unterstützung und Koordinierung der Arbeit. Dennoch wurde trotz vieler Kritik herausgearbeitet, dass starke Gewerkschaften ein Dorn im Auge der Unternehmerverbände sind. Schaffen wir in unserer Gemeinschaft ein Klima des Vertrauens, stärken wir unseren Kampfeswillen, denn nur gemeinsam sind wir stark. ■

BEITRAGSABSENKUNG AUF GRUND DES BERLINER TARIFABSCHLUSSES

Seit dem 01.08.2003 gibt es für das Tarifgebiet Berlin einen Anschlussarbeitsvertrag, der bei gleichzeitiger Übernahme der Tarifsteigerung von 2,4% und der Verlängerung des Kündigungsschutzes bis 2010 eine Verkürzung von Arbeitszeit und Vergütung von 8 bis 12 % vorsieht.

Da sich der Gewerkschaftsbeitrag prozentual am Gehalt orientiert, werden wir rückwirkend zum 01.08.03 die Beiträge entsprechend senken. Sobald uns die Rückmeldungen vorliegen, werden wir die gesenkten Beiträge in Anwendung bringen und das Guthaben mit dem nächsten Beitrags-einzug verrechnen. Wir bitten um Rücksendung der Daten auf dem folgenden Abschnitt oder Übermittlung per Telefon oder E-Mail. Vielen Dank für eure Bemühungen im voraus.

Name, Vorname: _____

Mitgliedsnummer (falls zur Hand): _____

Geb.-datum: _____

Einrichtung: _____

Eingruppierung/BAT-Vergütungsgruppe: _____

Teilzeit:

..... Stunden von Stunden

Absenkung: 8% 10% 12%

GEW BERLIN, Ahornstraße 5, 10787 Berlin oder
info@gew-berlin.de oder Tel. 030/219 99 30

ANZEIGE

Klett Diskussionsforum – Ideen für die Schule der Zukunft

Einladung an alle Lehrerinnen und Lehrer in Berlin

Eine neue Lernkultur – aber Prüfungen von gestern?

Vortrag von Dr. Felix Winter, Universität Bielefeld

Prüfung und Leistungsbewertung sind Bereiche schulischer Arbeit, in denen man sich meist an Regeln anpasst und in tradierten Formen arbeitet. Eine neue Lernkultur erfordert jedoch andere und vielfältigere Methoden der Leistungsbewertung. Die Schülerinnen und Schüler müssen dabei eine aktivere Rolle spielen. Die Lehrerinnen und Lehrer werden öfter die Rolle von Lernbegleitern und Lernberatern übernehmen. Am Beispiel der Arbeit mit Portfolios wird anschaulich beschrieben, welche Elemente der Leistungsbewertung künftig gebraucht werden.

am Dienstag, den 04. November 2003

17.45 Uhr Einlass zum kleinen Buffet
18.30 Uhr Beginn des Vortrags

im „Haus der Kirche“

Goethestr. 27
10625 Berlin-Charlottenburg
(U2/U7 – Haltestellen Wilmersdorfer Str., Bismackstr., Deutsche Oper)

Anmeldung: Treffpunkt Klett Berlin, Tel.: (030) 2 59 3770, Fax: (030) 2 59 377 50, E-Mail: tp.berlin@klett-mail.de

Klett





Bilder-Tagebuch der Klasse M1/2 II

Wir machen uns ein Bild von der Bildung

Unter diesem Motto waren Kitagruppen, Schulklassen und Einzelpersonen dem GEW-Aufruf zum Mal-/Zeichen-/Foto-Wettbewerb gefolgt. Wir stellen einige Arbeiten vor: Gleich mit zwei Projekten beteiligte sich die Klasse 2 b der Schorfheide-Grundschule Marzahn (Bild unten). Ihre Arbeit fand große Anerkennung: „Anhand des eingesandten Zeichnungen und Fotos habt ihr uns an eurer Arbeit in der Grundschule, an euren Gedanken, Träumen und Problemen teilhaben lassen. Ihr habt eure Traumschule gezeichnet und euch klar gemacht: gemeinsam seid ihr stark, auch und gerade wenn es mal Probleme gibt. Sehr gut erkennbar ist, wie viel Mühe und Freude bei der Arbeit in diese Projekte eingeflossen sind.“

Mit einer Serie aus 20 Fotos (Bild oben rechts) berichteten SchülerInnen des 11. Jahrgangs des OSZ für Verkehr, Steuern und Wohnungswirtschaft von ihrem Projekt. Ganz offensichtlich waren sie mit Spaß dabei und bevorzugten diese Form des Lernens.

Die Klasse 2 b der Alfred-Adler-Grundschule in Tempelhof dachte über die Tatsache nach, dass nun viele Schulbücher von den Eltern gekauft werden müssen. Sie empfehlen, rechtzeitig mit dem Sparen zu beginnen und bestückten schon mal ihre Sparschweine (Bild rechts Mitte). Eine tolle Idee setzte eine Klasse der Bücherwurm-Grundschule Hellersdorf um. In ihrem JÜL-Projekt fertigten sie ein digitales Bilder-Album auf CD. Auf 530 Bildern dokumentieren sie Höhepunkte und Alltag eines ganzen Schuljahres. Ganz sicher eine gute Erinnerung für spätere Jahre mit Nachmach-Empfehlung. Alle TeilnehmerInnen erhielten eine Urkunde, den PreisträgerInnen wurde ihr Gewinn mit einem Verrechnungsscheck zugesandt. Wir gratulieren und danken für die Teilnahme.



Hartmut Schurig

Gemeinsam sind wir stark und können unsere Ängste überwinden

FOTOS: SCHURIG

Was wir machen und was wir wollen

Junge Mitglieder und ihre speziellen Interessen.

Von der Jungen GEW

Die „Junge GEW“ spricht Mitglieder an, die sich noch in der Ausbildung oder im Studium befinden oder BerufsanfängerInnen sind. Da diese Mitglieder in der Regel spezielle Probleme bzw. Interessen haben, ist es sinnvoll, sie in einer eigenen Personengruppe – eben der „Jungen GEW“ – zu vertreten. Jeder Landesverband hat eine eigene „Junge GEW“, die von SprecherInnen vertreten wird. Zweimal im Jahr treffen sich Delegierte aller Landesverbände zum GEW-Bundesausschuss (BA), um sich auszutauschen und an gemeinsamen Projekten zu arbeiten.

Die „Junge GEW“ ist nicht – wie sonst in der GEW üblich – nach Organisationsbereichen, Schulformen etc. unterteilt, sondern setzt sich aus verschiedenen Tätigkeitsbereichen zusammen: LehrerInnen und ReferendarInnen, AnwärterInnen aller Schulformen, Studierende aller Fachrichtungen sowie ErzieherInnen, SozialpädagogInnen bilden die „Junge GEW“. Das ermöglicht einen fächerübergreifenden Austausch und eine weite Sicht auf die Bildungspolitik, die aus unterschiedlichen Blickrichtungen gespeist wird. Diese Vielfalt gibt den jungen Mitgliedern die Chance, den berühmten Blick über den Tellerrand zu werfen und Bildung/Erziehung auch jenseits von der Institution, in der sie tätig sind, zu betrachten.

Konkret setzt sich die „Junge GEW“ für Neueinstellungen und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von LehrerInnen und ErzieherInnen ein, strebt eine sinnvolle Reform der Hochschulbildung und des Referendariats an und macht sich für eine kindgerechtere vorschulische Bildung, eine Qualitätssteigerung des Ausbildungsniveaus der ErzieherInnen und für ein größeres Gewicht der vor- und außerschulischen Bildung und Erziehung stark.

Um unsere Ziele erreichen zu kön-

nen, setzen wir uns nicht nur inhaltlich mit den genannten Themen auseinander, sondern geben den jungen Mitgliedern auch praktisches „Rüstzeug“ mit auf den Weg: Wir organisieren auf Bundesebene Wochenendseminare zu Themen wie „Rhetorik“, „Durchsetzungsstrategien“ und „Moderation“ für alle jungen Mitglieder.

Die Arbeit auf Bundesebene

Zur Zeit beteiligen wir uns intensiv am Organisationsentwicklungsprozess (OE) der GEW. Wir haben erkannt, dass die GEW den Bereich Mitgliedergewinnung intensivieren muss und haben deshalb den Projektantrag „Professionalisierung der Werbung junger Mitglieder“ in die Diskussion eingebracht. Ziel soll sein, die Mitgliedergewinnung und -betreuung mittels hauptamtlicher Jugendsekretäre als Gemeinschaftsaufgabe der GEW durch den Gewerkschaftstag 2005 zu definieren.

Des Weiteren wollen wir den Austausch und die Kommunikation der Gruppen der „Jungen GEW“ der einzelnen Landesverbände fördern und uns am Aufbau weiterer Gruppen in allen Landesverbänden beteiligen.

Ein weiteres Thema für uns ist Gender in der „Jungen GEW“, da wir festgestellt haben, dass wir unserem eigenen Anspruch von Geschlechtergerechtigkeit nicht genügen. ■

Wer sind wir:

Thorsten Buchinger ist Erzieher und studiert derzeit Berufsschullehramt in der Fachrichtung Sozialpädagogik in Lüneburg. (elRomero@gmx.net)

Norma Gertz studiert derzeit gymnasiales Lehramt in Berlin. (norma.gertz@gmx.de)

Michael Petin ist Referendar (zur Zeit in Elternzeit) in Siegen. (wietheger.petin@cityweb.de)

Christel Faber ist die für uns zuständige Referentin beim Hauptvorstand. (faberc@gew.de)



AKTIV WERDEN IN DER „JUNGEN GEW“!

Initiative zur Neuwahl der „Jungen GEW“ in Berlin

Du bist mit der Bildungspolitik dieses Landes nicht einverstanden, möchtest den ewigen Kürzungen ein positives Bild von Bildung und Erziehung entgegenhalten?

Du bist mit vielem in deiner Arbeits- und Studienwelt unzufrieden und weißt nicht, wo du anfangen sollst, etwas zu ändern?

Du hast das Gefühl, dass die Ideale, die du dir in der Ausbildung und im Studium gebildet hast, nun in der harten Wirklichkeit immer mehr entschwinden?

Es gibt viele Menschen, denen es so geht und die deshalb – wie du – in die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft eingetreten sind. Von unseren Mitgliedsbeiträgen werden u.a. qualifizierte Menschen bezahlt, die sich hauptberuflich für unsere Interessen einsetzen: von der individuellen rechtlichen Beratung bis hin zur Mitsprache in der Bildungspolitik auf Bundesebene.

Aber unsere Bildungsgewerkschaft bietet dir mehr als Mitgliederservice: Die GEW hat ein breites Netz an ehrenamtlichen Strukturen, in denen jede Kollegin und jeder Kollege seine Ideen und Vorstellungen einbringen und versuchen kann, sie in die Realität umzusetzen. Kaum eine andere Gewerkschaft bietet ihren Mitgliedern so viele Möglichkeiten sich aktiv zu betätigen!

Das gilt insbesondere für euch, die ihr noch in der Ausbildung, im Studium, im Referendariat oder „frisch“ in den Beruf eingestiegen seid. Ihr könnt euch engagieren und mitmachen in der „Jungen GEW“.

Wenn du die Möglichkeiten kennen lernen willst, die dir die GEW BERLIN und die Gruppe der „Jungen GEW“ bietet, in der Bildungspolitik mitzumischen, dann komme am

Mittwoch, dem 12. November 2003 um 17.00 Uhr in die Geschäftsstelle der GEW BERLIN in der Ahornstr. 5

in Schöneberg.

Wir werden die GEW vorstellen und diskutieren, welche Vorstellungen und Wünsche ihr habt. Und gemeinsam werden wir Wege finden, die Bildungspolitik in unserem Sinne zu beeinflussen. Wenn du an der „Jungen GEW“ interessiert bist, kannst du uns auch vorab mailen oder anrufen: an wissenschaft@gew-berlin.de (Kontakt: Matthias Jähne, Tel. 21 99 93-59 oder-0).

Langfristige Strategie gefragt

Anmerkungen zur Wirksamkeit von Kampfmethoden gegen Bildungskahlschlag.

von Peter Muggelberg

Die tarifpolitische Bedeutung des Streiks der angestellten Lehrer im vergangenen Juni mit dem Ziel der tariflichen Festlegung der Arbeitszeit kann ich nachvollziehen. Dennoch bleibt bei mir eine große Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Strategie unserer Gewerkschaft. In Berlin wird nicht nur das Bildungswesen, sondern letztlich das gesamte Sozial- und Wirtschaftssystem der Stadt vom Banken- und Politikfilz systematisch ausgeplündert und an die Wand gefahren. Berlin ist auf Jahrzehnte Pleite und uns fällt nichts besseres ein, als hilflos zu jammern und mit heroischer Pose ein Schwert in die Hand zu nehmen, dessen Klinge (Streikrecht für Beamte) abgeschraubt ist!

Ich vermisse in dieser Situation eine langfristige Gewerkschaftsstrategie, vor allem den Erfolgswillen und damit die Ernsthaftigkeit. Auch in den nächsten Streiks wird wohl nichts anderes passieren als in den vergangenen: Zwei Stündchen, schnell verpufft auf dem verbreiteten Vorurteil, Lehrer würden zu wenig arbeiten. Danach überall in den Zeitung wieder die Überschrift in dicken Lettern: „Streikende Lehrer müssen Gehalt zurückzahlen!“ Die kriminellsten Plünderer und Kaputtspärer der öffentlichen Kassen stellen sich so als diejenigen dar, die a) endlich für Recht und Ordnung sorgen, b) endlich die Bestrafung der „Faulenzer“ durchsetzen und die gleichzeitig c) endlich wieder Geld in die Kassen bringen!

Vorbildwirkung im politischen Kampf

Noch viel verheerender und gesellschaftspolitisch regelrecht katastrophal ist jedoch der bisher vernachlässigte Faktor der Vorbildwirkung im politischen Kampf. Das Unrecht aus Korruption und Raffgier ist so gigantisch, dass selbst hartgesottene Gesellschaftskritiker das ganze Ausmaß noch nicht so recht begreifen können. In dieser Situation haben wir die Verantwortung zu tragen, die uns zukommt: Wir sind Vorbilder! Nicht nur SchülerInnen suchen

ermutigende Vorbilder: Beinahe allen ehrlich arbeitenden Menschen sitzt die Wut über die Bankenkrise und ihre Verursacher in der Kehle, denn auf lange Sicht wird alles Leben in der Stadt tot gespart: Schwimmbäder, Schulen, Kitas, soziale Maßnahmen usw. Alles geht den Bach runter, während sich einige wenige die öffentlichen Werte unter den Nagel reißen. Immer wieder mit denselben Tricks wird das Gemeingut verramscht. Die öffentliche Hand wird immer ärmer, während bestimmte Leute nicht mehr wissen, was sie mit all dem Geld anfangen sollen, außer es an der Börse zu verzocken. Der Finanzsenator spielt den Bluthund und der Regierende Bürgermeister gefällt sich in der narzisstischen Pose des lässigen Bubis, der diesen Betrug in unfassbar arroganter Art als Sparszwang verkündet, während die Schuldigen der Katastrophe in ihren Villen auf Mallorca sitzen. Nach meinem Eindruck braucht Berlin dringend ein anderes Vorbild: Die Leute sehnen sich nach Siegen über diese mafiösen Strukturen, wünschen sich nichts mehr als dass jemand diese geldgierigen und skrupellosen Geschäftemacher mit samt ihrer bürokratischen Helfer endlich zur Rechenschaft zieht.

Unsere Stärken und Schwächen

In dieser Situation mit hilflosen Methoden zu kämpfen hieße, in verantwortungsloser Weise weitere Niederlagen in Kauf zu nehmen, eigene Kräfte zu verschwenden und darüber hinaus die Menschen sogar noch in einem tragischen Vorurteil zu bestätigen: „Gegen Filz und Korruption kann man eben nichts tun!“ Manche beklagen in diesen Tagen auch „die mangelnde Solidarität“ unter der Lehrerschaft, deren Streikbegeisterung wohl gespalten ist. Dies scheint mir so einfach aber nicht zu sein. Viele KollegInnen haben es vielmehr langsam satt, auf hilflosem Posten zu kämpfen und dann noch lächerlich gemacht zu werden. Ehe man anderen Kollegen mit der Keule „mangelnde

Solidarität“ erschlägt, könnte man ja auch mal danach fragen, wo deren Zweifel liegen und vielleicht noch mal nachdenken, ob man gemeinsam überzeugendere Lösungen findet. Bevor man die Methoden eines Kampfes wählt, sollte man sich in jedem Fall über die eigenen Stärken und Schwächen (und die des Gegners) bewusst werden.

Sehen wir zunächst klar unsere Schwächen:

- Beamtete Lehrer haben kein gesetzliches Streikrecht!
- Angestellte Lehrer, die den Streik tragen könnten, gibt es vergleichsweise wenige!
- Nach einem Streik hat der Senat leichtes Spiel mit dem Verschicken der Gehaltsrückzahlungsbescheide, die beinahe gleichgeschaltete Presse feixt!
- Ungefähr die Hälfte der Lehrerbearbeitungszeit ist für die Öffentlichkeit unsichtbar (neben den Unterrichtsstunden). In der Bevölkerung ist daher das Vorurteil verbreitet, Lehrer würden zu wenig arbeiten.

Doch besinnen wir uns auf unsere Stärken:

- Wir haben den direkten Kontakt zu den SchülerInnen und ihren Eltern und damit zu den Trägern der Gesellschaft auch von morgen.
- Wir haben ein fundiertes Wissen über die Tricks, mit denen die Herren mit der weißen Weste unsere Stadt in die finanzielle Katastrophe gestürzt haben. (Oder etwa noch nicht? Dann schnell im Internet lesen: www.berlinerbankenskandal.de oder „Eine ehrenwerte Gesellschaft“ von Mathew D. Rose aus dem transit-Verlag!)
- Wir sind per Schulgesetz dazu verpflichtet und berechtigt, neben der Vermittlung der fachlichen Unterrichtsinhalte auch die Erziehung zu mündigen Bürgern durchzuführen. Die Justizfuzzis des Senats würden nicht nur ganz schön ins Schwitzen kommen, sondern mit Sicherheit eine herbe Niederlage dabei einstecken, wenn sie uns verbieten wollten, mit unseren SchülerInnen über die Ursachen der Berliner Bankenskandals zu sprechen!

- Sind wir Lehrer nicht allemal phantasiereicher und klüger als die grauen Bürokraten aus Finanzwelt und Senat?
- Die Herren aus Politik, Bankwirtschaft und ihre juristischen Helfer haben eine enorme Angst, dass die ansatzweise schon öffentlich bekannten Tatsachen um die Berliner-Pleite immer und immer wieder ausgerufen werden und Konsequenzen gefordert werden.

Einmal im Monat: „Anti-Mafia-Tag“

Diese Liste ist sicher noch unvollständig, aber aus all dem werden sich für den Kampf gegen Bildungskahlschlag doch wohl ein paar Instrumente ableiten lassen, die den Forderungen nach langfristig angelegter und auf Durchsetzung ausgerichteter Strategie entsprechen! Vielleicht sollten wir beispielsweise mal darüber nachdenken, für die nächsten zwei, drei Jahre einen Tag im Monat zum „Anti-Mafia-Tag“ zu erklären. Unsere SchülerInnen haben leider ein erhebliches Manko in Gesellschaftskunde: „Die Tricks der ehrenwerten Gesellschaft“ stehen nämlich in keinem Rahmenplan, und dennoch bildet ihre Kenntnis heute die Grundlage für das Verständnis gesellschaftlicher Missstände. An diesem Anti-Mafia-Tag würden wir selbst im Mathematikunterricht nur über die Methoden von Filz und Korruption sprechen, selbst den kleineren SchülerInnen verständlich machen, wie man Bilanzen fälschen kann, erklären, warum Wirtschaftsprüfer genau von der Firma abhängig sind, die sie prüfen sollen und was es mit den sogenannten Beraterverträgen auf sich hat, veranschaulichen, wie steil die durchschnittlichen Vorstandsgehälter in den letzten Jahren gestiegen sind,



Protest tut Not.

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

klären, wie man öffentliche Gelder in private GmbHs leiten und die Risiken öffentlich-privater Immobilienspekulation ganz legal auf die öffentlichen Kassen abwälzen kann, oder auch mal die Institution der Staatsanwaltschaft unter die Lupe nehmen, und verstehen, warum manche Ermittlungsverfahren so schnell wieder eingestellt werden oder jahrelang verschleppt werden... Eine lange Liste von Lernzielen, ein ebenso trauriger wie wichtiger Rahmenplan, ohne den unsere SchülerInnen sich

schon lange nicht mehr in der heutigen Realität orientieren können! Wir sollten eine didaktische Börse für diesen neuen Inhalte eröffnen.

Der Senatsbeschluss über die wiederum erhöhte Arbeitsbelastung für Lehrer schmerzt nicht nur, sondern macht vielen sogar Angst. Daher kann ich in einem „Lehrerstreik“ keine angemessene „Kampfmaßnahme“ erkennen, denn darüber können die Herren nur schmunzeln. Mir ist aber nicht mehr zum Schmunzeln zumute! Wo bleibt unsere Klugheit, unsere Entschiedenheit, unser langer Atem? Wenn wir die Kraft nicht haben, sollten wir den Mund nicht zu sehr aufreißen, sondern warten, bis wir uns später mal einem großen gemeinsamen Streik anschließen können. Aber noch träume ich von anderen Schlagzeilen: „Böger unterliegt vor dem Verwaltungsgericht: Lehrer dürfen weiterhin den Anti-Mafia-Tag durchführen.“, oder: „AntiMafia-Tag ist nicht zu verbieten: SchülerInnen diskutieren weiter über öffentliche Armut und individuellen Reichtum.“ (inkl. Foto vom Referenten vor der Schülerschaft im Audimax der FU) usw.

Wenn wir hart daran arbeiten, so haben sich vielleicht in zehn Jahren zwei Erkenntnisse durchgesetzt:

1. Die Mafia arbeitet in Deutschland schon lange nicht mehr mit italienischem Akzent und Maschinengewehr, sondern mit trickreichen Verträgen und Bestechung! Die ehrenwerte Gesellschaft bricht immer seltener die Gesetze: Sie lässt einfach neue schreiben. Die hohen Herren werden von Staatsanwälten in Ruhe gelassen, denn sie haben sie selbst eingestellt.

2. Filz und Korruption in Politik, Wirtschaft und Verwaltung lassen sich trotzdem besiegen! ■

ANZEIGE

KONFLIKTMANAGEMENT IM SCHULALLTAG



„Ich stehe vor den Schülern, ich möchte eingreifen, aber ich weiß nicht wie?“

Oft fühlen sich Lehrer/innen in dieser Situation überfordert, da von ihnen ein Einschreiten gegen Gewalt erwartet wird, auf das sie aber gar nicht vorbereitet wurden. In dieser Situation wäre es hilfreich zu wissen, wie man mit seiner eigenen Angst umgehen, Situationen besser einschätzen und adäquat intervenieren kann. Dazu bieten sich folgende Ansätze an:

- Sensibilisierung für Gewaltsignale
- Trainieren von Selbstsicherheit in gewalttätigen Konfliktsituationen
- Trainieren von Interventionsmöglichkeiten gegen Gewalteskalationsmechanismen

Hayo Zuber beschäftigt sich seit 15 Jahren mit der praktischen und mit der theoretischen bzw. psychologischen Seite der körperlichen Gewalt. Er bietet am **9. November ein Seminar** um Konfliktmanagement im Schulalltag an. Weitere Informationen zum Seminar unter:

<http://www.wt-kreuzberg.de>, Tel. 615 89 54

Gebühren rauf, Leistungen runter

GEW BERLIN fordert ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Kita-Politik.

von Klaus Schroeder und Bärbel Jung, Leiter und Referentin des Referats Jugendhilfe und Sozialarbeit der GEW BERLIN

Bildung hat Priorität“, „Wir sparen für die Jugend, nicht an der Jugend“. Diese und ähnliche Äußerungen von SPD- und PDS-Vertretern vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus haben sich längst als das entpuppt, was sie waren: Wahlkampfparolen. Der Senat ist schon seit geraumer Zeit dabei die Kindertageseinrichtungen zu schleifen und damit auch einer Familienpolitik Vorschub zu leisten, die eher bei der CDU/CSU zu vermuten gewesen wäre.

Ein schlüssiges Gesamtkonzept für die Fortsetzung der Entwicklung der Berliner Kitas hin zu Einrichtungen, in denen der gesetzliche Auftrag des Kinder- und Jugendhilfegesetzes eingelöst werden kann, fehlt völlig. Zwar vergeht kaum eine öffentliche Debatte, in denen der Senator für Bildung, Jugend und Sport oder sein Staatssekretär die Kitas nicht als Bildungseinrichtungen bezeichnen und ein ausgewogenes System von Bildung, Erziehung und Betreuung fordern. Kaum ist dies allerdings gesagt, tritt der Finanzsenator auf den Plan und reißt Stück für Stück das bestehende System ein – immer mit dem wohlfeilen Hinweis auf die Haushaltsnotlage Berlins.

Diese Haushaltsnotlage hat allerdings weder das bettelarme Bremen noch das auch nicht viel reichere Saarland davon abhalten können, erheblich niedrigere Kitagebühren von den Eltern zu verlangen als es der Senat in Berlin durchsetzen will oder sogar das letzte Jahr vor dem Schuleintritt kostenfrei zu machen. Man sieht, trotz Haushaltsnotlagen gibt es Gestaltungsspielräume für die Landespolitik – wenn sie nur will! Und in Berlin?

Die seit Jahren geführte Diskussion über die notwendige Stärkung der Frühkindlichen Bildung und Erziehung ergab alles andere als positive Ergebnisse:

- Statt wirkungsvoll den freien Zugang zu den Kitas in möglichst frühem Kindesalter zu fördern, ist ein restriktives



Pfiffe für die Kahlschlagpolitik des Senats...

FOTO: TRANSIT/POLENZ

Anmeldeverfahren durchgesetzt worden.

- Statt einer notwendigen Senkung der Gruppengrößen in den Krippen, im Kindergarten und in den Horten ist mit Jahresbeginn 2003 der Hortschlüssel massiv verschlechtert worden.
- Statt einer Aufwertung der Leiterinnen in ihren Aufgaben der Anleitung und Koordination ist der Personalschlüssel für die Leiterinnen um 40 Prozent verschlechtert worden.
- Statt einer stufenweisen Senkung der Kitagebühren der Eltern bis hin zur Gebührenfreiheit will der Senat eine maßlose Gebührenerhöhung durchsetzen.
- Statt einer Werbung bei Eltern, ihre Kinder frühzeitig in die Krippe zu geben, will der Senat die Kinder durch die beabsichtigte Verteuerung der Krippe in die Tagespflege treiben, die 20 Prozent günstiger sein soll.
- Statt eines vollständigen Personalausgleichs in der Umsetzung des Berliner Tarifvertrages hat der Senat bislang nur Leistungsverschlechterungen in

Form von verlängerten Schließzeiten der Kitas im Auge.

- Statt den Kitas die notwendige Ruhe zur inhaltlichen Strukturierung ihrer Arbeit z.B. im Hinblick auf die Verbesserung der Sprachförderung und der Diskussion des Bildungsprogramms zu geben, verunsichert der Senat durch die beabsichtigte Rechtsformänderung und Übertragung der kommunalen Kitas in freie Trägerschaft.

Gegen diese Verschlechterungen der Arbeitsmöglichkeiten der Kitas und zunehmenden Belastungen der Familien gab es seit Jahren heftigen Protest von Eltern, ErzieherInnen, der gesamten Fachöffentlichkeit. Möglicherweise ist der Senat überrascht über die Heftigkeit des Protestes gegen die geplante Gebührenerhöhung für die Eltern – das ist auch gut so! Es gibt Hoffnungen, dass dieser Protest erfolgreich sein kann – wir werden sehen.

Um den vielen einzelnen und gemeinsamen Aktivitäten einen Rahmen

zu geben, fordert die GEW BERLIN vom Senat die Vorlage und öffentliche Diskussion eines schlüssigen Gesamtkonzepts der Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder. Mit der Hilfe eines Sofortprogramms für die Kitas beteiligt sich die GEW BERLIN an der Diskussion des Konzepts und erhebt die folgenden Forderungen:

1. Der Elternbeitrag für die Kitaplätze wird nicht erhöht. Die zuständige Senatsverwaltung für Bildung Jugend und Sport wird beauftragt, einen Stufenplan zu entwickeln, der das Ziel hat, eine beitragsfreie Kita zu gewährleisten. Als erster Schritt wird eingeführt, dass die Eltern für das erste Jahr des Kitabesuches keinen Beitrag zu entrichten haben.

Mit dieser Maßnahme soll vor allem eine frühestmögliche Bildung und Erziehung und ein niedrigschwelliger Zugang zur Bildungseinrichtung Kita gefördert werden.

2. Die im Kita-Gesetz festgelegte Personalausstattung wird eingehalten. Damit es nicht zu weiteren pädagogischen Verschlechterungen (z.B. Verkürzung der Öffnungszeiten, Vergrößerung der Kindergruppen, Verlängerung der Schließzeiten) kommt, wird die durch den Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst entstandene Minderausstattung von ca. 800 Erzieherinnen und Erziehern ausgeglichen. Es werden in diesem Umfang Neueinstellungen vorgenommen.

3. Die zum 1.1.2003 in Kraft getretene Verschlechterung mit pädagogischem Personal in den Horten und bei den Kitaleiterinnen wird zurückgenommen.

4. Das im Land Berlin vorhandene Angebot an Krippen-, Kindergarten und Hortplätzen wird quantitativ und qualitativ erhalten und ausgebaut. Hochwertige Plätze in Tageseinrichtungen dürfen nicht vernichtet werden; z.B. dadurch, dass Kinder in die Tagespflege abgedrängt werden oder Eltern aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit keinen Anspruch auf einen Kitaplatz für ihr Kind haben. Allen Kindern muss die Möglichkeit gegeben werden eine Kita zu besuchen.

5. Das restriktive Anmelde- und Platzvergabeverfahren wird abgeschafft. Die Eltern bekommen einen Kitaplatz für ihr Kind entsprechend des von ihnen geäußerten Bedarfes.

6. Die Beteiligung von Eltern und Kindern wird gefördert und verstärkt. Ihre Rechte in Entscheidungsprozessen müssen beachtet werden.

Alle Beteiligten sind aufgerufen zur Unterstützung der Forderungen und zur Beteiligung an vielen Aktivitäten gegen die familien- und bildungsfeindliche Politik des Senats. Nun ist es wirklich genug! ■

Abbau ambulanter Erziehungshilfen

Eine Arbeitsgruppe kämpft gegen den Kahlschlag in der Kinder- und Jugendhilfe.

von der AG Ambulante Hilfen zur Erziehung

Wenn sie in Ihrem Beruf als LehrerIn oder ErzieherIn, oder in Ihrem privaten Umfeld, mit einer Familienhelferin oder einem Familienhelfer zu tun hatten, dann werden sie eine mehr oder weniger genaue Vorstellung von diesem Berufsbild haben; von den Inhalten und Zielen eines Familienhelfereinsatzes, von den Aufgaben sowie von den Möglichkeiten und Grenzen.

Aber auch wenn Sie bisher keinerlei Kontakt zu FamilienhelferInnen hatten lohnt sich eine Beschäftigung mit der Thematik, denn das neue Schulgesetz sieht eine engere Zusammenarbeit von Schule und Kinder- und Jugendhilfe vor.

Erziehungsbeistand und Betreuungshilfe und sozialpädagogische Familienhilfe sind zwei der im Kinder- und Jugendhilfegesetz festgelegten Hilfen zur Erziehung. Zu den Hilfen zur Erziehung gehören außerdem die Erziehungsberatung, die soziale Gruppenarbeit, die Erziehung in der Tagesgruppe, die Vollzeitpflege, die Heimerziehung oder sonstige betreute Wohnformen, die intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung, die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche und, so bestimmt es das KJHG, „bei Bedarf Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im Sinne des §13.2“.

Einen Anspruch auf Hilfe zur Erziehung können Personensorgeberechtigte dann geltend machen, „wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist.“

Das heißt also, es muss ein Bedarf nachgewiesen werden. Der kann z.B. bei Trennung der Eltern oder bei dauerhafter Erkrankung eines Elternteils entstehen. Wesentlich häufiger sind allerdings andere Problemlagen. Dauerhafte Arbeitslosigkeit der Eltern, das Abrutschen in die Sozialhilfe, die damit einhergehenden

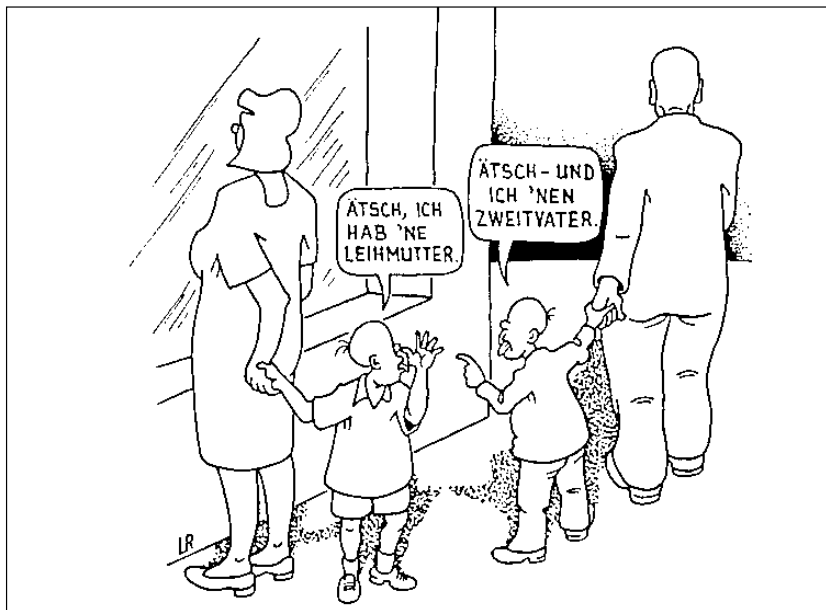
Unterversorgungssituationen und soziale Isolation, auffälliges Verhalten eines oder mehrerer Kinder, Vernachlässigung, Drogenprobleme oder Delinquenz sind weit häufiger die Gründe, aus denen heraus eine Familienhilfe eingesetzt wird.

Die Verabschiedung und das Inkrafttreten des KJHG 1990 gilt zu Recht als bedeutender Erfolg und entscheidende Wende in der Jugendhilfe der Bundesrepublik. Denn mit dem KJHG bekamen die Jugendämter endlich eine gesetzlich geregelte Möglichkeit, Familien in schwierigen Lebenssituationen eine „zugehende Beratung“ und Hilfe in der Familie anbieten zu können. Kinder, Jugendliche und ihre Familien müssen an der Erstellung des Hilfeplans beteiligt werden. Ein strenger Datenschutz ist angelegt. Die Barrieren, Hilfe möglichst frühzeitig anzunehmen, wurden erheblich gesenkt.

Gleichzeitig bietet das KJHG die Möglichkeit, teure Heimunterbringungen durch Einsetzen familienunterstützender Hilfen, wie der Betreuungs- und Familienhilfe, oder familienergänzender Hilfen, wie Tagesgruppen oder Tagespflege, zu vorzuziehen.

Schon in der Debatte um die Ausgestaltung des KJHG wurde eine lebens- und sozialraumorientierte Kinder- und Jugendhilfe gefordert. Von Hilfsangeboten also, die Kinder, Jugendliche und Familien in ihr Lebensumfeld integriert und die Angebote im Sozialraum für die Betroffenen nutzbar macht.

Seit einiger Zeit nun läuft diese Diskussion unter veränderten Vorzeichen. Von geneigter Seite wird dabei zu Grunde gelegt, dass sozialraumorientiertes Arbeiten bisher am mangelnden Willen oder an den mangelnden Fähigkeiten der FamilienhelferInnen gescheitert sei, dass Familienhilfe schlecht organisiert und uneffizient sei und einzig Kosten verursachen würde. Reformen seien al-



so angesagt. Aber diesmal die richtigen. Und die bedeuten, dass in einem bestimmten Sozialraum, laut Statistik, bei richtig organisierter Arbeit, nur eine bestimmte Summe an Kosten entstehen darf. Gesagt wird Reform, gemeint sind aber hier wie in anderen Bereichen Deckelung und Kürzungen.

Integration ist in der Mehrzahl der Einsätze eines der Ziele der Hilfe. Und so wird schon seit vielen Jahren, mehr oder weniger ausdrücklich, in der Kinder- und Jugendhilfe so gearbeitet. Zweifellos gab und gibt es auch hier noch viel zu verbessern, und der Wunsch und die Notwendigkeit, die Vereinzelung in der Arbeit zu durchbrechen, sich auszutauschen und zu vernetzen, wurde daher zuerst von den Familien- und BetreuungshelferInnen vorgebracht und fand in verschiedenen Initiativen seinen Ausdruck.

Aber auch die bestorganisierte sozialraumorientierte Arbeit kann die Familien- und Betreuungshilfe nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Keine andere Hilfeform bietet die Möglichkeit regelmäßiger Kontakte in der Familie. Keine andere Hilfe ist so nah an den Adressaten und kann, wenn eine vertrauensvolle Arbeitsbeziehung zu Stande kommt, sowohl konkrete Hilfe leisten, als auch Rat geben oder geeignete andere Hilfen organisieren. Und keine andere Hilfe kann Gewalt oder Drogenproblemen in der Familie so früh begegnen und gefährdeten Kindern und Jugendlichen in der Familie Schutz geben.

Wie alle Bereiche der sozialen Arbeit sind, seit die Politik ihren Anspruch auf Gestaltung aufgegeben hat, auch die ambulanten Kinder- und Jugendhilfen

von zahlreichen Kürzungen betroffen. Mit den Kürzungen einher geht oftmals eine Denunziation der Familienhilfen als unprofessionell, lau und bequemer Broterwerb. Einige von Ihnen werden diese Vorgehensweise kennen.

Wie auch immer die Rechtfertigungen der Kürzungen lauten, Tatsache ist jedenfalls, dass die Rechtsansprüche der Adressaten unterlaufen, die bisher erreichte Professionalität und Qualität der ambulanten Hilfen gekippt und das wirtschaftliche Risiko, dass das Berufsfeld beinhaltet, auf die einzelnen FamilienhelferInnen abgewälzt wird.

Die Strategie unseres ansonsten eher erfolglosen Senats zeigt an dieser Stelle die erwünschte Wirkung (Glückwunsch dazu). Die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe erhalten inzwischen immer weniger Aufträge zur Betreuungs- und Familienhilfe. Dadurch sind nicht nur viele KollegInnen von Arbeitslosigkeit bedroht oder bereits arbeitslos geworden, auch die Betreuungssituation der Kinder- und Jugendlichen hat sich verschlechtert.

Denn der Bedarf an Hilfen nach dem KJHG ist nicht gesunken. Man muss nicht unbedingt die entsprechenden Statistiken oder den Armutsbericht des Senats kennen, um ein Bild von der sozialen Situation von Alleinerziehenden, kinderreicher Familien, Kindern und Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft, zerrütteter Familien oder Familien in Unterversorgungslagen zu haben.

Sie als LehrerIn oder ErzieherIn werden sehr wohl eine Vorstellung davon haben, warum bestimmte SchülerInnen selten oder nie ein Pausenbrot dabei haben, warum sie kein Geld für ein Getränk

mitbringen, warum ihr Unterrichtsmaterial alt oder unvollständig ist, warum sie nicht an Ausflügen teilnehmen, warum sie sich auffällig verhalten oder zu Gewalttätigkeiten neigen.

Professionelle soziale Arbeit braucht professionelle Arbeitsbedingungen. Die Kinder- und Jugendhilfe braucht Träger, die in der Lage sind, eine gute Ausstattung und Struktur zu stellen, ebenso wie regelmäßige Fortbildung und Supervision. Durch die Kürzungen im Sozialetat sind diese Standards bei allen freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe in Berlin in Frage gestellt und oftmals schon über den Haufen geworfen.

Schließlich und endlich ist auch die wirtschaftliche Existenz der FamilienhelferInnen bedroht. Viele KollegInnen können von ihren Trägern nicht mehr ausreichend mit Aufträgen versorgt werden. Da die Arbeitsverträge bei den freien Trägern auf Grund der unklaren Auftragslage meist nur wenige Wochenstunden garantieren, das Einkommen mithin direkt an die für den einzelnen Hilfeauftrag bewilligten Stunden gekoppelt ist, bleibt den betroffenen KollegInnen nur, die Kündigung abzuwarten oder sich mit einem Minimaleinkommen über Wasser zu halten. Dies ist natürlich ein denkbar schlechter eigener Hintergrund, um in Familien mit schweren Problemen Hilfe zu leisten.

Alle Ansätze, dem Berufsfeld der ambulanten Hilfen einen festen Rahmen zu geben und es professioneller und effizienter zu organisieren, werden vom Senat vom Tisch gewischt.

Gelegen kommt den unverantwortlichen PlanerInnen dabei, dass nur wenige KollegInnen in den ambulanten Hilfen gewerkschaftlich organisiert sind. Die freien Träger sind als Arbeitgeber zwischen die öffentliche Jugendhilfe und ihre Angestellten geschaltet und so, da sie selbst in ihrer Existenz gefährdet sind, in einer schlechten Position um für Verbesserungen eintreten zu können. Die Hilfeempfänger schließlich sind zum überwiegenden Teil nicht die Menschen, die gelernt haben, sich für ihre Interessen einzusetzen.

So bleibt zunächst, die Situation der ambulanten Hilfen und die Arbeitsbedingungen der KollegInnen Interessierten darzustellen und Kontakt zu denen herzustellen, die auch nicht die Absicht haben, den sozialen Kahlschlag und die Verschlechterung der eigenen Arbeitsbedingungen widerspruchslos hinzunehmen. ■

Die AG Ambulante Hilfen trifft sich im GEW-Haus in der Ahornstraße 5. Die nächsten Termine können dort erfragt werden.

GLOBUS am Ende

In diesem Projekt wurden benachteiligte Jugendliche auf eine Berufsausbildung orientiert.

Von Stefan Dornbach (Sozialpädagoge bei GLOBUS)

Im Mai diesen Jahres machte Wirtschaftsminister Clement eine Ankündigung: Demnächst würden Jugendliche ohne Berufsausbildung demnächst aus der Sozialhilfe herausgeholt und über berufsorientierende und -vorbereitende Projekte in Ausbildung gebracht. Passiert ist seitdem wenig. Im Gegenteil wird sich die Situation der benachteiligten Jugendlichen in Berlin demnächst verschlechtern. Denn eines der größten Projekte zur beruflichen Orientierung in der Stadt – GLOBUS – wird es nicht mehr geben.

In den zweieinhalb Jahren des Bestehens von GLOBUS wurden hier über 700 benachteiligte Jugendliche ohne Ausbildung beraten und davon fast 500 Jugendliche in das Projekt aufgenommen. Benachteiligte Jugendliche sind unter anderem Schulabbrecher oder Jugendliche mit unterdurchschnittlichem Schulabschluss, Legastheniker, Absolventen von Lernbehindertenschulen, Spätaussiedler sowie Ausländer mit Sprachproblemen, ehemalige Drogenabhängige und Straffällige. Außerdem sind diejenigen Jugendlichen nicht zu vergessen, denen es – obwohl sie keine der genannten Benachteiligungen aufweisen – nicht gelingt, eine Ausbildungsstelle zu finden. All diese Jugendlichen fanden sich bei GLOBUS wieder. Denn auf dem Markt des Dualen Systems hatten sie kaum eine Chance. In den neuen Bundesländern einschließlich Berlin waren im Jahr 2001 nur noch 60 Prozent der Ausbildungsplätze betrieblich, die verbleibenden 40 Prozent waren schulische Ausbildungsmaßnahmen oder überbetriebliche Ausbildungsgänge, die im Rahmen der Benachteiligtenförderung nach dem SGB III, durch das Bund-Länder-Ausbildungsprogramm Ost 2001 und Sonderprogramme der neuen Länder geschaffen wurden.

Trotz dieser staatlich geschaffenen Alternativen gelingt es vielen Jugendlichen nicht, den unmittelbaren Übergang von der allgemeinbildenden Schule ins Ausbildungssystem zu finden. Im Projekt GLOBUS hatten sie deshalb Gelegenheit, 12 verschiedene Berufsfelder in der praktischen Arbeit kennen zu



Jugendliche erkunden ihre Interessen.

FOTO: GLOBUS

lernen. In den Übungswerkstätten wurden sie von je einem Meister bzw. fachlichem Betreuer in die handwerklichen Grundfertigkeiten des jeweiligen Berufsfeldes eingeführt. Hier konnten sie erste berufliche Erfahrungen sammeln und ihre sozialen und arbeitsweltlichen Fähigkeiten verbessern. Ein Wechsel zwischen den Werkstätten war jederzeit möglich, um den Jugendlichen die Gelegenheit zu geben, sich in verschiedenen Berufsfeldern auszuprobieren.

Es zeigte sich aber, dass die wenigsten diese Möglichkeit in Anspruch nehmen, ein gewohntes Umfeld schien ihnen wichtiger zu sein als das Kennenlernen neuer Bereiche. Angeboten wurden vom Projekt die folgenden Berufsfelder: Kaufmännische Grundlagen, Hauswirtschaft, Kraftfahrzeugtechnik, Holz und Bau, Veranstaltungstechnik, Heizung und Sanitär, Farbe und Raumgestaltung, Metallverarbeitung, Multimedia, Informationstechnologien, Gartenbau und Landschaftsgestaltung sowie eine Druckwerkstatt.

Ergänzend zur Arbeit in den Werkstätten bot das Projekt GLOBUS einen wöchentlichen Förderunterricht an. Hier sollten in kleinen Gruppen Schulängste abgebaut und Wissenslücken geschlos-

sen werden. Ein weiterer Bestandteil des Projektes war das Bewerbungstraining.

Die Schwellen zur Teilnahme am Projekt wurden so gering wie möglich gestaltet: Der Einstieg war an keinen festen Termin gebunden, es war keine Bewerbung nötig. Am Anfang wurde ein Beratungsgespräch mit dem potentiellen Teilnehmer geführt. Hier wurde auch festgelegt, in welcher Übungswerkstatt die Teilnahme begann. Nach maximal einem Jahr Projektteilnahme sollten die Jugendlichen in Anschlussmaßnahmen bzw. in Ausbildung vermittelt werden. Das gelang bei über 50 Prozent – eine ansehnliche Zahl, wenn man bedenkt, dass ein Großteil der Projektteilnehmer bereits andere Maßnahmen abgebrochen hatte.

GLOBUS war ein Projekt des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf und wurde zu einem großen Teil aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert. Diese Förderung läuft Ende September diesen Jahres aus und es ist nicht gelungen, GLOBUS unter Zusammenarbeit städtischer Träger zu erhalten. Es bleibt also nur zu hoffen, dass Wirtschaftsminister Clement seine Ankündigung wahr macht und neue Projekte für die benachteiligten Jugendlichen schafft. ■

Eine Bibliothek in jedem Dorf

Unsere Autorin berichtet über die Leseförderung beim Pisa-Sieger Finnland

von L. Sabovljev, Ex-Bürgerin von Hämeenlinna (Finnland), z.Z. Studienreferendarin in Berlin



Klassen der Sekundarstufe I vor der Oberschule im ländlichen Hauko/Südfinnland.

FOTO: ARI LAASKO

Die Bevölkerungszahl Finnlands beläuft sich seit etwa 1950 auf rund fünf Millionen, wovon die überwiegende Mehrheit Finnisch, ungefähr 6,4 Prozent Schwedisch, 50.000 bis 100.000 der lappländischen Urbevölkerung Samisch und 6.000 bis 7.000 einheimischer Zigeuner Romani als ihre Muttersprache ansehen. Die amtlichen Sprachen des Landes sind Finnisch und Schwedisch. Eine Stadt oder Gemeinde gilt insgesamt als zweisprachig, wenn 8 Prozent oder mindestens 3.000 der Einwohner eine dieser offiziellen Landessprachen sprechen; wenn die Minderheit weniger als 6 Prozent ausmacht, so ist die Stadt oder Gemeinde einsprachig: entweder finnisch oder schwedisch.

Das finnische Bildungssystem

Seit 1970 setzen sich auch in Lappland der schulische und außerschulische Unterricht in Samisch und seit 1990 die amtliche Anerkennung des Samischen

in der Region sukzessive durch.

Bereits Anfang der 60er Jahre besaß Finnland den höchsten Prozentsatz an Lese- und Schreibkundigen in der Welt. Das damalige Schulpflichtgesetz in Finnland schrieb vor, dass jedes Kind wenigstens acht Jahre lang regelmäßig die Schule zu besuchen hat. SchülerInnen der achtjährigen Volksschule bezahlten kein Schulgeld, erhielten kostenlos ihre Lehrbücher sowie eine warme Mahlzeit an allen Schultagen. Ärmere SchülerInnen erhielten darüber hinaus freie ärztliche Fürsorge und Kleider. Die höheren Schulen (mit Schulgeld) bildeten in ihren fünf unteren Klassen die Mittelschul- und in ihren drei oberen Klassen die OberstufenschülerInnen aus. Das Land verfügte damals über 382 höhere Schulen für Finnisch sprechende, 50 für Schwedisch sprechende und 3 für andere Sprachen sprechende SchülerInnen (darunter eine deutsche Schule in Helsinki, die bis zum Abitur führte). Zu den Hochschulen zählten damals auch die vier Universitäten des Landes, dar-

unter gleich zwei in Turku: eine finnisch- und eine schwedischsprachige Universität. Anfang der 60er Jahre war auch die Volksbildungsarbeit sehr rege: Volkshochschulen, Arbeiterakademien und Studienzirkel gab es im ganzen Land. Die Zahl der Volksbüchereien belief sich zu der Zeit auf über 2.500. Wissenschaftliche Bibliotheken bestanden seit Jahrhunderten.

Heutzutage beginnen alle in Finnland ansässigen Kinder im Alter von 7 Jahren die 9-jährige Gesamtschule (oder Grundschule). Nachher wählt fast 50 Prozent der SchülerInnen die gymnasiale Oberstufe und mindestens 40 Prozent eine Berufsfachschule. Die schriftlichen Abiturprüfungen finden im ganzen Lande einheitlich zur selben Zeit statt. Der Besuch der Universität ist kostenlos, jedoch muss man eine geringe Gebühr für die Studentenvereinigungen und -krankenversicherung bezahlen. Für Wohnung, Lebensunterhalt, Bücher usw. nehmen die meisten StudentInnen ein Darlehen zu einem niedrigen Zinssatz auf. Seit den 90er

Jahren kann auch ein Studium samischer Sprachen an den Universitäten in Helsinki, Oulu und Rovaniemi, der Hauptstadt Laplands, absolviert werden. Zahlreiche Volkshochschulen bieten jugendlichen SchülerInnen, Studierenden, Berufstätigen, Arbeitslosen und Rentnern für wenig Geld Grund- und Aufbaukurse theoretischer und praktischer Art an. Der Kunde ist König und bestimmt das Programm: fällt die Nachfrage für ein Kursangebot zu gering aus, wird der betreffende Kurs gestrichen. Sprachkurse (Mutter- und Fremdsprachen) gehörten jedoch zwischen 1995 und 2000 zu den Rennern fast jeder Volkshochschule in Finnland.

Flächendeckend öffentliche Bibliotheken

Laut Unesco-Untersuchungen wird in Finnland sehr viel geschrieben und gelesen, die wichtigsten Werke der Weltliteratur werden eifrig ins Finnische übersetzt und es kommt durchaus vor, dass eine finnische Buchübersetzung bereits vor der Erstveröffentlichung des betreffenden Werkes in der Originalsprache der Leserschaft in Finnland vorliegt. Bücher sind relativ teuer, doch wird man selten ein finnisches Dorf finden, in dem es keine öffentliche Leihbibliothek gibt. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre zählte eine öffentliche Bibliothek durchschnittlich rund 37.000 Titel zu ihrem Bestand. Diese Anzahl ist inzwischen gestiegen. Selbst in einer nicht universitären Kleinstadt wie Hämeenlinna verfügt die städtische Bibliothek u.a. über einen großen und wohlsortierten Bestand finnisch-, schwedisch-, deutsch-, englisch-, russischsprachiger Zeitungen, Zeitschriften, Unterhaltungs- und Fachliteratur; ebenso über einen immensen Bestand an Wörter- und Sprachbüchern, der alle Sprachen der Welt zu umfassen scheint.

Gepolsterte Sitzbänke laden zum Verweilen und Schmökern ein. Kinder tummeln sich in der extra für sie eingerichteten Abteilung. Jugendliche und erwachsene Musikliebhaber trifft man in der Musikabteilung an, Internet-Surfer im Computerraum oder im Medienzentrum, Liebhaber des digitalen Videos im Studio. Forschende zieht es hinter die Arbeitsplätze im Archivraum oder in eine stille Ecke der Präsenzbibliothek. Andere vergnügen sich mit internationaler Presse im Lesesaal, begutachten die Stände mit den Neuerscheinungen, schauen sich eine laufende Kunstausstellung an oder bedienen sich zwischendurch im Café (was zwar nicht umsonst ist, aber durchaus er-

schwinglich, selbst für Arbeitslose und Großfamilien). Unterdessen lässt sich eine Gruppe Senioren von Mitarbeitern der Bibliothek beibringen, wie man mit e-Mail umgeht.

Bibliotheken als Multimediazentren

Die öffentlichen Bibliotheken sind in Finnland bei Alt und Jung rasend populär und es gibt wahrscheinlich kaum eine Einzelperson, Vorschul- oder Kindergartengruppe, Schulklasse, Vereinigung, gemeinnützige Initiative, Arbeitsgruppe und/oder Familie, die sich vom kostenlosen und vielfältigen Angebot einer ihrer öffentlichen Büchereien nicht angesprochen fühlen würde. Im Verlauf des Jahres 1995 liehen sich die rund fünf Millionen Bewohner Finnlands pro Kopf mindestens 16 Titel aus einer öffentlichen Bibliothek aus. Das ergibt (grob gerechnet) eine totale jährliche Ausleihe von beinahe 83 Millionen Titeln; die Anzahl der totalen Ausleihen ist im darauffolgenden Jahr weiter gestiegen. Zu den kostenlosen Angeboten und Dienstleistungen öffentlicher Bibliotheken in Finnland gehören u.a. freundliche Beratung, direkte Ausleihe der in der jeweiligen Bibliothek vorhandener Bestände nach Hause (Bücher, Videos, CDs, Musik-, Hörspiel- und Sprachkassetten etc.), Internet-Schulungen für Einzelpersonen und Gruppen sowie individuelle Benutzung der ansonsten verfügbaren Internetplätze, Benutzung der Lesesäle, Archive und der Präsenzbibliotheken, Recherchemöglichkeiten in CD-ROM-Datenbanken, laufende Ausstellungen (interner und externer Art), sonstige Veranstaltungen und Workshops für diverse Jahrgangsstufen, eine mobile Bibliothek auf vier Rädern, die Personen in entlegenen Gebieten regelmäßig mit Lesestoff und audiovisuellem Material versorgt.

Natürlich sind mit der Einrichtung und Aufrechterhaltung eines national-

weit kostenlosen Zugangs zu den lokalen Bibliotheken, ihren Beständen und Aktionsprogrammen gewisse Unkosten verbunden. Doch scheinen die Steuerzahler und Politiker in Finnland längst begriffen zu haben: wer nicht in die Bildung und Erziehung (seiner selbst und seiner Nachkommen) investiert, wird demnächst im internationalen Maßstab weder kulturell noch ökonomisch etwas zu bieten haben. Dass sich ihre bisherigen Investitionen gelohnt haben, bewies nicht zuletzt die PISA-Studie: die 15-jährigen aus Finnland erwiesen sich im Bereich Lesekompetenz als Spitzenreiter und behielten auch nach dem PISA-Ergänzungstest 2002 den ersten Platz auf der Rankingliste. Die Lesekompetenz der gleichaltrigen SchülerInnen aus Deutschland reichte dagegen nur für einen Platz im Mittelfeld aus.

Insofern kann ich Rolf Busch nur zustimmen, wenn er in seinem Artikel „Teamarbeit von Schule und Bibliothek“ (Mai-blz, Seite 10) zwecks Förderung der Medienkompetenz und Lesefähigkeit der SchülerInnen im Lande Berlin alle Betroffenen aufruft, „ein Konzept der Zusammenarbeit von Schulen und Bibliotheken zu entwickeln: für das Land Berlin, für jeden Bezirk und als Minimallösung für den eigenen 'Kiez'.“ Angesichts des zweiten Leseförderprojekts „Medienpartner Bibliothek und Schule“ in Nordrhein-Westfalen und der geringen Geldmittel, mit denen die teilnehmenden nordrhein-westfälischen Kommunen hierbei operieren (pro Kommune 1.750 Euro für eineinhalb Jahre), stimme ich Rolf Busch auch zu, wenn er behauptet, „dass es weniger auf das Geld, sondern mehr auf den politischen Willen und die zentrale Koordination ankommt.“ Es ist zu hoffen, dass die Angesprochenen im Lande Berlin (insbesondere der Berliner Senat, der Rat der Bürgermeister und die Stadtbibliotheken) dem ebenfalls zustimmen und entsprechend handeln. ■

ANZEIGE

Die Fliedner Klinik Berlin. Als private Fachklinik bietet die Fliedner Klinik Berlin Beratung und umfangreiche Hilfe, wenn die Seele aus dem Gleichgewicht geraten ist.

Telefon: 030 / 20 45 97 -0. Ärztliche Leitung: Prof. Dr. med. Tilo Held

Fliedner Klinik Berlin
Ambulanz und Tagesklinik für psychologische Medizin
Charlottenstraße 65 (Am Gendarmenmarkt)
www.fliednerklinikberlin.de

 Theodor Fliedner Stiftung

Einladung zum Info-Abend:
„Gibt es eine
Borderline-Persönlichkeit?“
16.10.2003 um 18.00 Uhr

Kein Herz für Kinder

Die Umsetzung des Tarifabschlusses im Kita-Bereich und in den Schulhorten bringt Arbeitsverdichtung und pädagogische Verschlechterungen.

von Klaus Schroeder, Leiter des Referates Jugendhilfe und Sozialarbeit

Tarifvertraglich ist in Paragraph 10 vorgesehen: „Durch diesen Tarifvertrag ergibt sich ein Mehrbedarf im Bereich der Kindertagesstätten sowie in vergleichbaren Einrichtungen an Schulen (Schulhorten) von 388 Erzieherstellen, der kurzfristig durch Neueinstellungen ausgeglichen wird, soweit ein Ausgleich durch Angestellte im Personalüberhang nicht möglich ist. Durch den persönlichen Freizeitausgleich sowie durch die zusätzlichen freien Tage entsteht kein weiterer Stellenmehrbedarf.“

Der vorgesehene Personalausgleich von 388 Stellen bezieht sich nur auf die Differenz zwischen der derzeitigen Arbeitszeit von 38,5 bzw. 40 Wochenstunden und der künftig wöchentlich zu leistenden Arbeitszeit von 38 Stunden. Da die Erzieherinnen aber künftig durch die Absenkung um 10 Prozent eine besondere wöchentliche Arbeitszeit von 34,65 Stunden (West) bzw. 36 Stunden (Ost) haben, beträgt das zusätzliche wöchentliche Zeitguthaben pro Erzieherin 3,35 Stunden (West) bzw. 2 Stunden (Ost). In den Tarifverhandlungen war in den ursprünglichen Eckpunkten davon ausgegangen worden, dass diese Zeitguthaben auf einem Arbeitszeitkonto gut geschrieben und zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit herangezogen werden.

Es entsprach auch unserer Forderung, dass die Erzieherinnen die Zeitguthaben des Arbeitszeitkontos individuell nutzen können und nicht nur zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit, denn die Erzieherinnen sind durch die 38 Stunden ohnehin benachteiligt gegenüber anderen Beschäftigtengruppen.

Allerdings sind nun in den Redaktionsverhandlungen tarifliche Festlegungen getroffen worden, die weitreichende Verschlechterungen mit sich bringen und nicht vereinbar sind mit der gesetzlich festgeschriebenen Personalbemessung in den Kindertagesstätten.

In den städtischen Kitas gibt es ca. 11.000 Stellen (pädagogisches Personal),



davon ca. 6.600 West und 4.400 Ost. Je Stelle ergibt sich ein wöchentliches Zeitguthaben von 3,35 Std. West und 2 Stunden Ost. 6.600 Stellen x 3,35 Std. = 22.110 Std. Zeitguthaben, für die es keinen Personalausgleich gibt (West). 4.400 Stellen x 2,00 Std. = 8.800 Std. Zeitguthaben, für die es keinen Personalausgleich gibt. (Ost). 22.110 Stunden sind 574 Stellen (bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5) bzw. 638 bei 34,65 Std. 8.800 Stunden entsprechen 220 Stellen (bei 40 Std.) bzw. 244 Stellen (bei 36 Std.).

Im Berliner Kita-Gesetz bzw. in der Rechtsverordnung zur Personalbemessung (KitaPersVO) ist geregelt, dass die „Zahl der Kinder, die jeweils von einer pädagogischen Fachkraft im Umfang von 1,0 Stellen zu fördern sind, wird auf der Basis von 38,5 Wochenstunden berechnet. Für das Tarifgebiet Ost mit einer Wochenarbeitszeit von 40,0 Stunden (1,0 Stellen) ist der Personalbedarf für die Einrichtung entsprechend zu berechnen.“ Im Folgenden ist definiert, auf wie viel Kinder in welchem Alter je eine Stelle entfällt.

Wenn also z.B. 100 Kinder Anspruch auf 10 Stellen im Volumen von je 38,5 Stunden haben, haben 10 Kinder Anspruch auf insgesamt 385 Stunden Erzieherarbeit. Nach dem Tarifabschluss ohne Personalausgleich hätten die Kinder aber statt 385 Erzieherstunden nur 346,5 Erzieherstunden zur Verfügung.

Das sind rund 40 Stunden weniger in der Woche! Bei 10 Kindern!

Für die städtischen Kindertagesstätten in Berlin würde es insgesamt bedeuten, dass eine Minderausstattung mit Erzieherinnen um 794 Stellen (auf der Basis von 38,5 /40 Std.) bzw. 882 Stellen auf der Basis von 34,65 Std.(36 Std.) bestünde. Damit kann die gesetzlich vorgegebene Personalausstattung in den Kindertagesstätten nicht mehr eingehalten werden.

Eine Ausweitung der Schließungszeiten, die jetzt bereits drei Wochen betragen ist in einem solchem Umfang nicht vertretbar. Auch eine Inanspruchnahme der Zeitguthaben in den Ferien löst das Problem nicht.

Denn erstens sind auch in Ferienzeiten Kinder in der Kita, zweitens nehmen auch Erzieherinnen in den Ferien Urlaub und drittens gilt die Personalausstattung auch in den Ferien.

Der Tarifabschluss mit der Aussage: „Durch den persönlichen Freizeitausgleich sowie die zusätzlichen freien Tage entsteht kein weiterer Stellenbedarf“ ist meiner Meinung nach rechtswidrig, denn ich glaube nicht, dass tarifvertraglich geregelt werden kann, dass von der gesetzlich vorgeschriebenen Personalausstattung abgewichen wird. Dazu müsste das Gesetz geändert werden. Wollen wir das?

Das Problem wird gesteigert durch dieselbe Situation in den Schulhorten. Bei ca. 1.000 Stellen (West) und 1000 Stellen (Ost) ergibt sich folgende Rechnung: 1000 x 3,35=3.350 Stunden= 87 Stellen (38,5 Std.) bzw. 96 Stellen 1000 x 2,00=2.000 Stunden= 50 Stellen (40 Std.) bzw. 55 Stellen.

Also auch in den Schulhorten gibt es eine Minderausstattung von rund 150 Stellen. Sollte das so bleiben, kann davon ausgegangen werden, dass der Senat die Ausstattung auch im freien Trägerbereich will. Das sind noch mal ein paar hundert Stellen. ■

Nur keine Panik!

Die „demografische Katastrophe“ ist eine Einbildung. Aber sie ist nützlich – für die Reichen

von Ulrike Herrmann

Eine Schreckenszahl vagabundiert durch Deutschland. Sie dominiert alle Rentendebatten und lautet schlicht: Im Jahre 2050 wird ein Erwerbstätiger einen Rentner finanzieren müssen. Das regt düstere Fantasien an. Die Jüngeren sehen es genau vor sich: Die munteren Rentner sonnen sich auf einem Kreuzfahrtschiff vor Teneriffa, während der eigene Nettolohn nicht einmal mehr für einen Campingurlaub an der Ostsee reicht.

Da kommen Neid und Panik auf, der „Generationenkrieg“ wird ausgerufen. Plötzlich ist uns das Jahr 2050 so nah wie das nächste Wochenende. Zeitungen erkennen die neue Mode und stellen „Demografie-Redakteure“ ein. Auch die Regierung beugt sich der grassierenden Rentenangst; und weil die Zukunft so wichtig ist, will man sie keinesfalls allein erfinden. Also wurde ein Expertengremium wie die Rürup-Kommission eingeschaltet. Mehrheitlich beschloss sie eine neue Rentenformel, zudem soll die Lebensarbeitszeit bis 2030 auf 67 Jahre steigen. Beides wird die Renten um 2 Prozentpunkte auf 40 Prozent des durchschnittlichen Bruttolohns schmelzen lassen.

Die Zukunft ist längst Gegenwart

Angesichts dieser Emotionen, Formeln und Langfristplanungen mag es erstaunlich klingen, aber: Es gibt keine „demografische Katastrophe“, für die wir vorsorgen müssten. Das Jahr 2050 wird nicht furchtbarer als das Jahr 2003, denn die Zukunft ist längst Gegenwart. Auch jetzt schon finanziert ein Erwerbstätiger mindestens einen Nichterwerbstätigen. 82,5 Millionen Menschen leben momentan in Deutschland, aber nur 38 Millionen arbeiten als Selbstständige und Angestellte. So weisen es die jüngsten Zahlen des Bundesamts für Statistik aus. Die Nichttätigen



Statt „Generationenkrieg“ demografische Hilfe.

FOTO: MANUELA CONRADT/THEATER DER ERFAHRUNGEN

sind unter anderem Kinder, Rentner, Studenten, Hausfrauen und Arbeitslose. In dieser Gruppe wird es in den nächsten 50 Jahren zu Verschiebungen kommen. Die Zahl der Rentner wird steigen, dafür wird es kaum noch Arbeitslose und weniger Hausfrauen geben. Aber das sind Marginalien. Volkswirtschaftlich wichtig ist das Grundphänomen: Schon jetzt wird nicht einmal die Hälfte

der Bevölkerung gebraucht, um den gesellschaftlichen Reichtum zu erwirtschaften. Wir können uns also die vielen künftigen Rentner locker leisten, wenn dafür andere Gruppen arbeiten, wie Mütter und Erwerbslose, die bisher vom Berufsleben fern gehalten werden.

Nun wäre es jedoch ein Irrtum, anzunehmen, dass künftig jede Frau in die Produktion abkommandiert würde. Oh

nein. Nur 49 Prozent der erwerbsfähigen Frauen werden im Jahr 2030 arbeiten. So hat es Prognos für die Rürup-Kommission geschätzt. Das bedeutet: Auch in 27 Jahren werden in Deutschland immer noch weniger Frauen berufstätig sein als heute schon in Skandinavien. Eine „demografische Katastrophe“ sieht anders aus, da wären solche Reservearmeen am Herd nicht mehr denkbar. Auch die Arbeitslosen bleiben vorerst. Prognos nimmt an, dass ihre Quote im Jahr 2020 bei 7 Prozent liegen wird; bis 2030 dürfte sie auf 4,4 Prozent sinken.

Mit einer Wirtschaftskrise sollten diese Zahlen nicht verwechselt werden. Prognos schätzt, dass das Bruttoinlandsprodukt bis 2030 im Durchschnitt jährlich um 1,7 Prozent wachsen wird. Gleichzeitig soll die Arbeitsproduktivität sogar um 1,8 Prozent pro Jahr steigen.

Weniger Menschen erwirtschaften also noch mehr Reichtum. Die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung dürfte bis 2030 von aktuell 24.100 Euro auf 39.400 Euro zunehmen. Wir werden eine unglaublich wohlhabende Gesellschaft sein, sofern kein Krieg dazwischenkommt. An Arbeitskräften wird es kaum mangeln, den Maschinen sei Dank. Um im Bild zu bleiben: Die Mittel werden mühelos dafür reichen, dass sich jeder mehrmals jährlich auf Teneriffa sonnen kann.

Wo also ist das Problem? Wieso kann eine sinnlose Generationenendebatte dermaßen dominieren?

Da ist zunächst die Psychologie: Es macht für die Erwerbstätigen einen emotionalen Unterschied, welche Nichterwerbstätigen sie finanzieren – ob es ein anonymer Rentner ist oder die eigene Ehefrau, die zu Hause bleibt, um die Wohnung zu putzen und die gemeinsamen Kinder aufzuziehen.

Vor allem aber toben reale Verteilungskämpfe – allerdings nicht zwi-



Generationsübergreifende Feier

FOTO: STEFANIE HERKEN

schen Alt und Jung, sondern zwischen Arm und Reich. So ist es zwar eine interessante Information, dass das volkswirtschaftliche Pro-Kopf-Einkommen weiter stark zunehmen wird. Aber das bedeutet eben noch lange nicht, dass jeder real existierende Kopf gleichermaßen profitiert.

Verteilungskämpfe zwischen Arm und Reich

Vom Wachstum hat am meisten, wer Kapital besitzt. Ob dies nun Aktien, Geldvermögen oder Immobilien sind. Diese Eigentümer werden nicht herangezogen, um die zunehmende Rentnerschar zu finanzieren. An der „lohnzentrierten Finanzierungsweise“ der Altersbezüge rüttelt die Rürup-Kommission nicht.

Dieser Trend wird durch ein zweites Phänomen verschärft: Künftig haben wir weniger Arbeitslose und dafür mehr Rentner. Das könnte ein Nullsummenspiel sein – ein Nichterwerbstätiger wird gegen einen anderen getauscht -, aber in der realen deutschen Welt fördert es die Entsolidarisierung. Das hat mit unseren verschiedenen Versicherungssystemen zu tun. Die Arbeitslosenversicherung funktioniert wie eine Risikoversicherung. Alle Angestellten

zahlen ein, aber nur eine Minderheit nimmt die Leistungen in Anspruch. Alle Arbeitnehmer unterstützen wenige. Die Rentenversicherung hingegen wird wie eine Kapitallebensversicherung betrachtet und damit auch verglichen. Die Rendite muss langfristig stimmen. Was ich heute einzahle, will ich morgen als Rentner wiederhaben, möglichst mit Zinseszins. Umverteilung ist nicht vorgesehen. „Beitragsäquivalenz“ heißt das Stichwort, das die Rürup-Kommission vielfach zitiert.

Wenn man nun die Rentenversicherung isoliert betrachtet, dann sieht es in der Tat so aus, als müssten wenige Junge viele Alte versorgen. Dann ist an eine Rendite nicht mehr zu denken. Also hat die Rürup-Kommission den Rentenbeitrag bei 22 Prozent gedeckelt und die Renten gesenkt.

Die bizarre Konsequenz: Obwohl die Zahl der Rentner steigt, werden die Lohnnebenkosten sinken, wie die Rürup-Kommission freudig prognostiziert. Denn die Arbeitslosenversicherung kann man ja ab 2020 zusammenstreichen, wenn die Vollbeschäftigung einsetzen soll. Solidarisch wäre, diese freien Mittel in die Rentenkassen umzuschichten, um dort die Altersbezüge der Ärmsten aufzupäppeln. Solidarisch wäre auch, Zinsen und andere Kapitaleinkünfte heranzuziehen, ohne dass dies die Rentenansprüche der Einzahler steigen lässt. Aber beides würde dem herrschenden Renditenprinzip widersprechen.

Mit der neuen Rentenformel kann besten leben, wer gut verdient. Dann ist auch weiterhin eine anständige Rente zu erwarten; außerdem fällt es leicht, privat vorzusorgen. Die Verlierer sind jenes Drittel der Gesellschaft, das schon jetzt nicht genug hat, um zu sparen. Das ist keine demografische Katastrophe, sondern eine soziale. ■

Aus: taz vom 26.8.2003

ANZEIGE

Ihr gutes Recht

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Muss ich bei Smog-Alarm in der Schule anwesend sein? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement der Loseblattsammlung Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Das Werk gibt es zum selben Preis auch auf CD-Rom!

**GEWIVA, Ahornstr. 5, 10787 Berlin
Tel: 21 99 93-62**

57 €

(für Nichtmitglieder: 67 €)

*Bei Zusendung zusätzlich 7 € Versandkosten





Szene aus dem Stück „Genau wie immer: Alles anders“ im Theater Strahl. Mit Eva Blum und Claudia Balko. Am 22./23. Oktober im FEZ Wuhlheide. FOTO: METZNER

THEATERSTÜCKE KRITISCH GESEHEN

Michael Endes Geschichte vom „Traumfresserchen“ wird im **Carrousel** virtuos erzählt und mit vielen witzig-überraschenden Gegenständen gespielt – allzu virtuos, die schlichten, einfachen Momente sind stärker. Leider wird auch die Problemlösung (wie die Prinzessin von ihren Angstträumen zu befreien ist) erzählt und vorgeführt, werden die Kinder, die durchaus „dran“ und bereit sind, nicht mit einbezogen (ab 5 Jahren).

„Im Dickicht der Städte“ in der **Schaubühne** ist wenig empfehlenswert – es sei denn, eine Gruppe beschäftigt sich intensiv mit dem Stück und nutzt die Aufführung zu ausführlichen Diskussionen. Es gibt einen sehr spannenden, viel versprechenden Beginn, einige starke Schauspielerleistungen, treffendes Kleinbürgermilieu, trotziges Aufbegehren, sogar Innigkeit und Humor, aber auch unnötig-krude Gewaltszenen, läppisches Tingeltangel, sinnlose modisch-moderne Theaterei und insgesamt KEINE Haltung zu Brechts Stück und zu der Möglichkeit, es heute zu spielen. Aufbruch, das **Gefangenen-theater Tegel**, gastiert in den Sophiensälen mit „Einsatz“, ei-

nem Blick in die fremde Welt der Bodyguards, der Personenschützer, die doch auch zu unserer Welt gehören, zeigt ihre Ausbildung, ihr Training, ihre Ansichten – nicht immer klar in der Abgrenzung zwischen Spieler und Rolle, aber wichtig als Erweiterung der (Er-)Kenntnis unserer Welt.

Mit „Montezuma“ zeigen Studierende eine faszinierende Mischung aus Graun (1755) und Rihm (1992), in der UdK musikalisch wie szenisch überzeugend; „Mahagonny“ von Brecht/ Weill im Beckmann-Saal war dagegen zwar musikalisch gelungen, szenisch aber unbeholfen. Trotzdem: LehrerInnen sollten die Studentenaufführungen (und -veranstaltungen!) der **Berliner Kunsthochschulen** beachten – da gibt es vielfach exquisite, außergewöhnliche Programme zu freundlichen Preisen, oft auch kostenlos! *Hans-Wolfgang Nickel*

ANZEIGE

Sprecherziehung und Stimmbildung

Einzel- und Gruppentraining, Beratung
- individuell und interkulturell -
Karin Iqbal Bhatti,
Dipl.-Sprechwissenschaftlerin
Spezialis. Stimm- und Sprachtherapie
Tel./Fax: 030 / 855 12 93,
E-mail: iqbal-bhatti@web.de

INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE
WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN
Pädagogik allein reicht oft nicht!
Berufsbegleitende Aus-/ Weiterbildung Sozialtherapeutische Musikarbeit für Sonder-/ PädagogInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen ect.
www.musiktherapieberlin.de
INFO-TEL.: 030 - 813 50 80

Deutsche Akademie für Psychoanalyse DAP e.V.
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Dipl. Psych. G.v. Bülow, Supervisorin (BDP)
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

Praxis Gestalttherapie
Individuelle Klärungshilfe und Therapie bei Suchtproblemen, für soziale Berufe auch bei Kaufsucht und Co-Abhängigkeit
Dipl.Pädagogin/Gestalttherapeutin (HPG)
Tel. 030/2 51 18 91,
www.suchtprozesse.de

Supervisionsgruppe
für Lehrer/innen hat noch freie Plätze
Info: **Ina Kaufmann**
Dipl.Päd. / Supervisorin (DGSv)
Tel: 030/ 693 68 90, e-mail: ina.kaufmann@t-online.de

Praxis ILP
INTEGRIERTE LÖSUNGSORIENTIERTE PSYCHOLOGIE
Supervision
Termine: 21.10.03, 18.11.03, 9.12.03, 6.1.04, 3.02.04, 2.03.04
in Zehlend., Meisenstr. 5a
Tel: 47 03 29 46

(Ver-)Änderungen selbst gestalten
Supervision, Coaching, Beratung für Einzelne und Gruppen
Gestalt-Organisationsberaterin,
Dipl.Soz.Päd. Petra Gänsicke-Voss
Tel.: 030-82 70 68 33

KLINIK NIKOLASSEE
Private Fach-Akutklinik
Innere Medizin - Kardiologie - Psychotherapie - Neurologie
Leitung: Dr. med. Thomas Bodemann, Internist - Dipl. Psychologe

- Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Schlafstörungen
- Alkohol- u. Tablettenmissbrauch
- Schmerzen/Fibromyalgien
- Depressionen
- Schwindelzustände
- Angstzustände
- nervöse und Erschöpfungszustände/ Burn-out-Syndrom
- Panikattacken

Private Kassen · Beihilfe
24-Std. Akutaufnahmen! ☎ 803091 - 0
14129 Berlin · Von-Luck-Str. 3 · www.klinik-nikolassee.de
Unsere Patienten sind unsere Gäste!

Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30
Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN
In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeuKK
Gunterbadstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/39 39 350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Fliegendes Theater

Swimmy (Gastspiel, 4-10 Jahre): 6.-10.10. jeweils 10.30 Uhr.
Die Mondtücher (5- 10 Jahre): Das mit dem Ikarus 2002 ausgezeichnete Stück nach einem Märchen von F.K. Waechter. Am 14. und 15.10. jeweils um 10.30 Uhr.
Klasse 1 a (Gastspiel, 4-8 Jahre): Alles dreht sich um den Schulleintritt! Am 16./17.10. jeweils um 10.30 Uhr.
Der wilde Mann (5-10 Jahre): Nach einem Märchen der gebrüder Grimm. Am 21./22.10. um 15 Uhr; am 23.10. um 10.30 Uhr.
Der kleine König Dezember (4-10 Jahre): Puppen- und Schauspiel nach Axel Hacke. Vom 11. bis 13.11. jeweils um 10.30 Uhr; am 12.11. auch um 15 Uhr.
 Fliegendes Theater, Urbanstraße 100, 10967 Berlin, Tel. 692 21 00 oder www.fliegendes-theater.de

Theater Strahl

Genau wie immer: Alles anders (ab 12): Über die Freuden und Leiden in der Pubertät. Am 22./23.10. jeweils um 11 Uhr im FEZ Wuhlheide. Vom 4. bis 7.11. jeweils um 11 Uhr; am 4.11. auch um 18 Uhr (Weiße Rose).
Romeo und Julia (ab 14): Verbotene Liebe in guten Zeiten, schlechten Zeiten. 28.10 um 11 und 19.30 Uhr; 29.10. um 9 Uhr; 31.10. um 11 Uhr (Weiße Rose).
Wilder Panther, Keks! (ab 14): Über Gefühle und Sucht: Am 6./7.11. jeweils um 11 Uhr (Weiße Rose).
 Theater Strahl, Tel. 695 99 222 oder www.theater-strahl.de

Theater Rote Grütze

Was heißt hier Liebe? 27.- 29.10. jeweils um 11 Uhr in der Arena / Glashaus, Eichenstr. 4, 12435 Berlin.
 Theater Rote Grütze, Büro: Karl-Kunger-Str. 69, 12435 Berlin, Tel. 53 21 89 92, Fax 53 21 89 93 oder info@theater-rotegruetze.de bzw. www.theater-rotegruetze.de

Spielwerkstatt

Extrakicks (ab 8 Jahre): Vom 21. bis 24.10. auf Bestellung an den Schulen: bitte anrufen! Am 4./5.11. jeweils um 10.30 Uhr im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt (Bat-Yam-Platz 1)
Klassenfieber (ab 12): Ein Neuer kommt in die Klasse! Am 18./19.11. um 10.30 Uhr im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt.
Ich nehm dich wie ich bin (ab 14): Ein Stück über Schein und Sein, Männer und Frauen. Am 12./

13.11. um 11 Uhr im FEZ Wuhlheide und vom 17. bis 19.11. um 11 Uhr im Beckmann-Saal (Luxemburger Str. 20 in Wedding). Kartenvorbestellung: Tel. 625 25 88. Infos auch unter: www.spielwerkstatt-berlin.de

Grips Theater

Julius und die Geister (ab 6): 12.10 um 16 Uhr; 13.10. um 10 Uhr; 14.10. um 10 Uhr.
Baden gehen: 15./16.10. um 19.30 Uhr
Die Falle (Gastspiel, Schiller-Theater): 16. bis 19.10. jeweils um 19.30 Uhr.
 Grips Theater, Altonaer Straße 22, 10557 Berlin, Tel. 3 97 47 40 oder 39 74 74 77.

Spielerische Wege ins Theater

In unserem Herbstworkshop vermitteln wir Einblick in die Möglichkeiten zur Vorbereitung eines Theaterbesuchs mit theaterpädagogischen Methoden. Über die Schwerpunkte Raum und Requisit, Figur und Beziehung, sowie Sprache und ihre Bilder lernen die TeilnehmerInnen eine Reihe von Spielen und Übungen kennen. Termine am 29.10., 5. und 12.11. 2003 jeweils von 16.30 bis 19.30 Uhr sowie ein Theaterbesuch nach Vereinbarung. Kosten: 30 Euro. Theater Strahl-Probephöhne, Kyffhäuser Str. 23, Berlin-Schöneberg. Infos und Anmeldung: 69 59 92 22.

FORTBILDUNG**Klimawandel**

Am 23./24.10. findet die dies-jährig Herbstschule des GeoForschungszentrums Potsdam zum Thema „Wechselwirkung im System Erde – Atmosphäre“ statt. Das umfangreiche Programm, das Anmelde-Formular sowie eine Wegbeschreibung ist unter www.gfz-potsdam.de/news/Schulen zu finden.

Gewerkschaftliche Bildung

Optimistisch den Stress meistern! [032-S-74], am 6.11., 13.11. und 20.11., jeweils um 16 Uhr. 25.- (Mitglieder) bzw. 75 Euro (Nichtmitglieder). Training zur Stressbewältigung und -vermeidung für LehrerInnen.
Fit für Funktionsstellen [032-S-76], am 14.11. um 15.30 Uhr, kostenlos. Kurzschulung für LehrerInnen (nur Mitglieder), die sich auf eine Funktionsstelle bewerben wollen

Selbst- und Zeitmanagement [032-S-80], vom 4.-5.12., ganztags. 50 (Mitglieder) bzw. 150 Euro (Nichtmitglieder). Training für KollegInnen aus allen Bereichen. Anmeldung: GEW BERLIN, Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Ahornstr. 5, 10787 Berlin. Tel. 219993-0, Fax 219993-50 oder gewbildung@gew-berlin.de

Lehrerfortbildungsangebote des EPIZ / LISUM

- 27.10 Seminar für Lehrkräfte der Sek I und II und berufsbildender Schulen „Methoden des globalen Lernens“ im EPIZ, Kursnummer 03.2-138
- 6.11. Seminar für Lehrkräfte der Sek I und II „Entwicklungsländer /Schwellenländer im Unterricht: hier – Brasilien“ im EPIZ, Kursnummer 03.2-228
- 26.11. Seminar für Lehrkräfte „Einführung in die muslimische Kultur“ im EPIZ, Kursnummer 03.2-579

Info/Anmeldung: EPIZ e.V., Gneisenaustr. 67, 10961 Berlin, Tel. 692 64 18/19 oder: EPIZ-Berlin@t-online.de oder www.EPIZ-Berlin.de

AKTIVITÄTEN

Schulen mit globalem Profil
 Im Rahmen des Projekts „Schulen mit globalem Profil“ bietet das Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationszentrum (EPIZ) seine Unterstützung an. Ziel dieses Projektes ist die lebendige Realisierung einer globalen Bildungsperspektive im Sinne der Agenda 21 und des „Globalen Lernens“. Die Formen dieser Unterstützung können sehr vielfältig sein. Workshops, Projektstage und Projektwochen, Ausstellungen usw. Infos: EPIZ, Gneisenaustr. 67, 10961 Berlin, Tel. 6 92 64 18/19 oder EPIZ-Berlin@t-online.de oder www.EPIZ-Berlin.de

Rapunzel und der gestiefelte Hänsel

Die neue Mitmach-Ausstellung des Kindermuseums Labyrinth für Menschen im Alter von 3-9 Jahren läuft noch bis Ende Januar 2004. Die Mitmachausstellung führt durch sieben Stationen – über schwankende Brücken, vorbei am Rapunzelturm und wilden Tieren. In der Zwergenwerkstatt können Kinder eine eigene Märchenwelt bauen. Auch Schneewittchen, der gestiefelte Kater oder Dornröschen sind mit von der Partie. Öffnung während der Schulzeit:

Mo – Fr von 9-14 Uhr nur für angemeldete Gruppen. Labyrinth Kindermuseum Berlin, Osloer Str. 12, 13359 Berlin, Infos/Anmeldung: Tel. 49 30 89 01 oder www.labyrinth-kindermuseum.de

Krieg ist kein Kinderspiel

An der VHS Tempelhof-Schöneberg wird im November 2003 eine Ausstellung mit Kinderzeichnungen aus Kriegs- und Krisengebieten gezeigt. Im Rahmenprogramm gibt es Workshops, Theaterbesuche und Themenpodien speziell für Schüler- und Jugendgruppen. In einem Einführungsseminar für PädagogInnen am 23.10. um 15 Uhr an der VHS, Barbarossaplatz 5 (Schöneberg), werden das Projekt und der zur Verfügung stehende Materialkoffer vorgestellt. Infos unter 7560-3518 oder www.vhs-tempelhof-schoeneberg.de

Berliner Präventionstag

Am 13.11.2003 lädt die Landeskommision Berlin gegen Gewalt nunmehr bereits zum vierten Mal zum Berliner Präventionstag unter der Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeisters Wowereit ins Rathaus Schöneberg ein. Mehr als 500 BesucherInnen und Besucher werden wiederum erwartet. Nach den Vorträgen am Vormittag wird in verschiedenen Foren über ausgewählte Präventionsbereiche informiert. Programm und Anmeldeformular im Internet abzurufen unter www.berlin-gegen-gewalt.de o. telefonisch (90 26-52 53) o. per Fax (90 26-50 03).

MATERIALIEN**Neue JÜL-Broschüre**

Zum Schuljahr 1999/2000 hatte die GEW BERLIN den Schulversuch „Jahrgangübergreifende Lerngruppen“ (JÜL) gemeinsam mit der Senatsschulverwaltung initiiert. Um Ideen und gute Praxis dieses Reformansatzes an LehrerInnen weiterzugeben, veröffentlicht die GEW den Abschlussbericht der Clara-Grunwald-Grundschule. Diese Schule arbeitet bereits seit 1990 auf Basis der Montessori-Pädagogik mit altergemischten Gruppen. Der Bericht kann im GEW-Haus abgeholt werden.

Rentenberechnung leicht gemacht

Die BfA bietet eine CD-ROM „Rentenberechnung leicht ge-

macht" an. Die CD-ROM ist gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro erhältlich bei der BfA, Dezernat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Vertrieb, 10704 Berlin, Telefon: 030/86 52 45 36, Fax: 030/86 52 70 89, EMail: bfa@bfa.de, Internet: www.bfa.de, bestellen. Auf der Internetseite der BfA kann man online Informationen über den Stand seines Kontos und den Antrag auf Kontenklärung bestellen. Die Unterlagen werden dann an die aktuelle Adresse per Post geschickt.

SENIORINNEN

20.10. um 18 Uhr: Wir erleben wie der *Tagesspiegel* gemacht wird. Ort: Potsdamer Straße 77.
21.10. um 10 Uhr: Spaziergang

durch das alte Berlin. Treffpunkt: S-Bhf Jannowitzbrücke
22.10.: Fahrt nach Bad Saarow. Anmeldung: Tel. 55 56 360
23.10. um 14 Uhr: Warum schmerzen unsere Gelenke? Ort: Klub Torstraße 205
06.11. um 10 Uhr: Gedenkstätte Plötzensee/Maria Regina Martyrium. Führung mit Lore Kujawa. Treffpunkt U-Bhf Jacob-Kaiser-Platz (Bahnsteig)

STELLENBÖRSE

Pädagoge mit mehrjähriger Erfahrung in der sozialpädagogischen Betreuung Jugendlicher in der Berufsvorbereitung und Berufsorientierung sucht wegen Projektende neues Tätigkeitsfeld, Tel.: (030) 29 04 93 49, E-Mail: 29049349@freenet.de

INTERNET

www.wilpf.org führt zur Internetseite der ältesten Frauenfriedensorganisation, der 1915 gegründeten Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFF), die mit ihren 37 Ländergruppen global aktiv ist. Die deutsche Sektion wurde 1919 gegründet und ist über die Internetseite www.frauennews.de erreichbar.

www.childrensbooksonline.org führt zur größten Onlinesammlung alter Kinderbücher. Alle Titel lassen sich komplett mit den alten Illustrationen herunterladen und ausdrucken. Von vielen der englischsprachigen Originale gibt es auch eine anderssprachige Version (10 Sprachen).

WHY?
 BESUCHT DAS
Anti-Kriegs-Museum
 IN BERLIN-WEDDING
 BRÜSSELER STR. 21
 (NAHE U-BAHNHOF AM RUMER STR.)
 TEL.: 454 90 110
 GRUPPENBETREUUNG nach VEREINBARUNG:
 TEL.: 402 86 91
 TÄGLICH GEOFFNET
 von 16.00 - 20.00 UHR

Verlockende Reisen
 Korsika und Pyrenäen Wandertouren
 Polen, Rad, Reiten, Kanu - Stille
 Marokko Wanderkarawane ab 1540 €
 Gomera Wandern & Relaxen ab 1165 €
 Flüge und Fahren – weltweit und preiswert

LockeToursBerlin
 Bundesallee 115 12161 Berlin
 Tel. (0 30) 8 52 30 30 Fax 8 52 40 71

Tagungshaus in Wendland
 Mit kleiner Tierhaltung, beliebt bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, weil unkompliziert im Umgang, unbeliebt als Widerstandstreff gg. Atomanlagen, max. 44 Betten, 9 €/Nacht, Selbst-, Teil-, Vollverpflegung, Exkursionen z.B. in Elbtalaua vermittelt.
 Meuchefitzer Gasthof, 29482 Meuchefitz 19
 Tel. 0 58 41/ 59 77, Fax 0 58 41/ 69 76
 E-Mail: gasthof@meuchefitz.de

Klassenfahrt - Erlebnis 2004!
Oker-Flussfahrt-Kanutour (3-8 Tage)
Kultur - Natur - Erlebnis pur!

- Schöne Lagerplätze - viel Freiraum!
- Planwagen + Fahrräder möglich
- Besichtigungen, Geschichte, bunte Aktionen, Natur - Lebensschule
- Viel Erlebnispädagogik - Impulse Freude - Lernen - Leben mit Teamgeist

KINGFISHER-TOURS SÜDHEIDE
 -seit 10 Jahren-
 Hauptstr. 78, 38536 Meinersen (Südheide)
 Tel. 0171-8 38 92 49 (No SMS)

Natur zum Anziehen
 - Edel-lässig -
LEINEN - SEIDE - BAUMWOLLE

SCHWARZES SCHAF

direkt am S-Bhf. Lichterfelde Ost
 Jungfernstieg 4 B - 12207 Berlin
 Telefon 7 72 53 56 - Gertrud Hillmann
 Mo. - Fr. 10-18, Sa. 9-13 Uhr.
!!! AUCH GROSSE GRÖSSEN !!!

GRUNDSCHULFAHRTEN
 Spezialkatalog für Grundschulen **2003/04**
 in Berlin und Brandenburg
 direkt buchen · direkt sparen · einfach anrufen

Ihre Vorteile: **Der neue Katalog ist da!**

- Freiplatz für jede 11. Person
- Abfahrtsort nach Kundenwunsch
- 24-Stunden-Service

Freecall: 0800 44 33 93 0

Eine Auswahl unserer Projektfahrten:

| | | |
|--------|---------------------------|------------|
| 3 Tage | Uckermark light | ab 89,- € |
| 4 Tage | Helensee/Eurocamp light | ab 86,- € |
| 4 Tage | Rügen/Wittow light | ab 94,- € |
| 4 Tage | Nordsee/Forellenhof light | ab 109,- € |
| 5 Tage | Querxenland | ab 133,- € |
| 5 Tage | Ferlendorf Dorado | ab 148,- € |

Fordern Sie gleich unsere neuen Kataloge für das Schuljahr 2003/2004 an!
 Kostenfreier Versand selbstverständlich!
welcome berlin tours GmbH
www.grundschulfahrten.de - e-mail: info@welcometours.com
 Neue Bahnhofstraße 9-10, 10245 Berlin - Tel.: 030-443393-0 - Fax: 030-443393-36

So geht's auch!
 Wir haben die besten Ideen
www.regale-innenausbau.de

Fa. Frank Westerwelle
 Goltzstr.42 / 10781 Bln
 Tel: 030- 851 30 34

Jugendgästehaus Osterode am Harz (Nds.)
 direkt am Wald gelegen, 5 Min. zur Altstadt,
 125 Plätze, Lehrerfreiplätze, div. Pauschalangebote ab 51 € für 4 Nächte incl. Programm und HP.
 Tel.: 0 55 22/55 95, Fax 68 69,
jgh.oha@t-online.de
Info: www.Osterode.de

Ihre Anzeige in der blz
 Tel: 030-21 99 93 46
 Fax: 030-21 99 93 49

Darlehen supergünstig ^{nominal} 2,50% ab 2,90% effektiver Jahreszins
Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter

Beamtendarlehen supergünstig: z. B. Beamte z. L. oder unbefristete Angestellte, 40 Jahre, 10 Jahre Laufzeit, bis 200000,- €, mit 2000,- € bei 20000,- €, 3000,- € bei 30000,- €, 4000,- € bei 40000,- €; zinsfrei im 1. Jahr, 2. und 3. Lebensjahr; Punkte: Festzinsgarantie ganz Laufzeit ab Monats 5,0%, effektiver Jahreszins ab 11,8%, ab 12 Jahre: Tilgungsschritt nach 20/20, 30 Jahre und 25 Jahre: effizienter Laufzeit bei Beamtendarlehensdarlehen; ** Erbschaftsteuer nominal 2,50% ab 2,50% effektiver Jahreszins ab Zinsbeginn mit sofortiger Verzinsung; Sonderausgaben-Abschreibungsmöglichkeit; Besetzung bis 100% plus 247; Absicht des Darlehensnehmers ab 30.000,- € mit Tilgungsschritt; Verpfändung der Eigenheimzinsen; Gute Anweisung an Arbeitgeber/Arbeitgeber; Sprechen Sie mit uns vorab mit uns; AK-Finanz wählen - mit diesem Entscheidungsbildungsmittel; Darlehen ab Angelegenheit und Absicht im öffentlichen Dienst

Ja! Bitte jetzt Ihre Adresse, Name, Witzsch, € **Info und Sofortangebote**
 Name: **Kommunikationskosten** unter Servicekosten
 Straße: **Bestenkompetenz mit über 30jähriger Erfahrung** **0800/1000 500**
 Ort: **Internet: www.ak-finanz.de** **Zum Nulltarif!**

Darlehenspartner für öffentlich Bedienstete und Beamte, wir helfen für Sie supergünstige Möglichkeiten aus.

AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67053 Ludwigshafen,
 Faxabruf: (06 21) 62 86 09, Telefax: (06 21) 51 94 58, www.ak-finanz.de
 Bundesweiter unverbindlicher Beratungsservice z. Nulltarif. Info per Post/Tel.

Tel. (030) 30 30 83-0

BUSART-TOURS

Das bestgelaunte Bus- und Reisetem! GmbH

www.busart-tours.de
info@busart-tours.de

Württembergallee 2 | 14052 Berlin
Fax (030) 303083-55

passat

Last Minute

Bestellen Sie nicht mehr als nötig für Ihre Flüge und Reisen. Wir stellen für Sie die besten Angebote zusammen. Nichts bleibt untern Ladentisch.

Überzeugen Sie sich selbst:
In unserer bekannten, kostenfreien, täglichen, 8-seitigen Last-Minute-Listen
zum Mitnehmen in allen Passat-Büros
per Faxdienst unter 030 30 30 83-0
per Download unter

Täglich neue Schnäppchen weltweit – Pauschal und Nur-Flug
Da sich Last-Minute-Preise ständig ändern, ist es sinnvoll, Angebote zu bewerten. Daher hier einige unserer Highlights aus den Vormonaten Mai bis Anfang August. Preise für Nur-Flüge ab/bis Berlin, hin und zurück:

Saloniki & Kreta € 89,- Lanzarote € 109,-
Wir wissen nicht, ob es ähnlich gute oder sogar bessere Preise auch im August/September/Oktober geben wird. Fragen Sie uns.

ACHTUNG – Herbstferien in diesem Jahr zwei 11 Wochen
Rechtzeitig Plätze sichern, i.B. für Cuba, Playa del Este, (***) Bazarat, all inclusive, am 04. & 05.10., ab/bis Taget, pro Person in DZ
2 Wochen nur € 1.251,- (EZ zzgl. € 112,-)

| | | | |
|--|--|---|---|
| 10261 KREUZBERG Grensstraße 57 Ecke Solmsstraße Mo-Fr 10-20 / Sa 10-15 6 96 82 - 9 | 10551 TIERGARTEN Waldstraße 60 Ecke Tarnstraße Mo-Fr 10-10 / Sa 10-15 3 96 86 - 25 | 10245 FRIEDRICHSHAIN Bohagener Straße 123 U-BfH. Frankfurter Tor Mo-Fr 9-18 / Di 9-21 / Sa 10-13 29 34 03 - 8 | 10825 SCHNEBERG Grunewaldstraße 44 U-BfH. Bayerischer Platz Mo-Fr 10-19 / Sa 10-15 21 29 96 - 8 |
|--|--|---|---|

EJB Werbellinsee GmbH

Europäische Jugendherholungs- und Begegnungsstätte direkt am Werbellinsee – mitten im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin

Erholung – Bildung – Sport – Freizeit

Unsere Angebote

- kreativ im Freizeithaus
- fit und sportlich in der Sporthalle, auf unseren Sportanlagen, im Wald und im Wasser
- ausspannen in der Natur
- Projektarbeit u.a.:
 - Naturprojekte
 - Kennlern-Woche
 - Gesundheitswoche
- Exkursionen
- Internetclub für Bildungsangebote und Spielerei

Geeignet für:

- Klassen- und Schulfahrten
- Trainingscamps für Sport- und Kulturgruppen
- Tagungen, Seminare und Workshops
- Aufenthalte für Behinderte und Integrationsprojekte
- Familien- und Kurzurlaub

Unterkünfte

- 11 Jugendherbergshäuser à 80 Betten
- 6 Bungalows à 35 Betten
- 1 Gästehaus mit EZ, DZ, Dreibettzimmer
- 1 Ferienhaus

Infos unter: EJB Werbellinsee GmbH, Joachimsthaler Str. 20, 16247 Joachimsthal
Tel.: 03 33 63-62 96/97, Fax: 03 33 63-62 71, Internet: www.ejb-werbellinsee.de, e-mail: contact@ejb-werbellinsee.de

Klassenfahrten? ruf einfach den dänen an!

PRAG 4 ÜF (ohne Fahrtkosten) inkl. Stadtführung ab EUR **56,-**
LONDON 4 ÜF Seereise ab Cuxhafen (jeder 10. Pers. frei) ab EUR **188,-**

Holsteinische Str. 14 **vm reisen** Tel. 030 - 79 70 19 40
12163 Berlin (Steglitz) www.vm-reisen.de Fax 030 - 79 70 19 45

info@agaria.de
www.agaria.de

Praha

Ab **49,99 €**
4 Ü/F

Kostenlos: Ihr 20seitiger Reiseplaner Prag!
DAS TSCHJECHISCHE TEAM
FACHVERANSTALTER FÜR STUDIENREISEN
IN DIE TSCHJECHISCHE REPUBLIK & SLOWAKEI
Radek Byšek - Steintorweg 9 - 20099 Hamburg
Telefon 040 / 280 95 90 - Telefax 040 / 280 95 9-13

GRENZENLOS REISEN

Busse für jede Gelegenheit

Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers



Grenzenlos Reisen
Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

Ihre Anzeige in der blz
Tel: 030-21 99 93 46
Fax: 030-21 99 93 49

Eastline PRAG

Jüdischer Tag, Theresienstadt u. Lidice, Literarische Führung, Schulbesuch, Skodawerk
4 ÜF p. P. ab 58,- €

KRAKAU

Auschwitz - Birkenau, Podgorze, Piaszow, Salzbergwerk-Wielicka, das jüdische Viertel Kazimierz
4 ÜF p. P. ab 41,- €

BUDAPEST

Jugendstiftung - Szentendre
4 ÜF p. P. ab 55,- €

KARLSBAD

Goetheprogramm
4 ÜF p. P. ab 66,- €

PETERSBURG

Niewskij - Prospekt, Eremitage, Peterhof, Zarskoje Selo, Pawlowsk und Nowgorod
4 ÜF p. P. ab 62,- €

Alle Preisangaben exklusive Programm und Anreise
Heimatz: 8 10827 Berlin
Tel. (030) 787 797 0
Fax (030) 787 797 11

www.Eastline.com

REAL-TOURS S.R.L.

Tel. 00 39/05 47/67 27 27
Fax 00 39/05 47/67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico / Italia

www.real-tours.de
24 h online buchen
E-Mail: Info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2004

NEU: FLUGREISEN: (Sie buchen den Flug, alles Weitere organisieren wir)
z. B. 6 Tage Cesenatico E 169,00 VP, 6 Tage Spanien E 204,00 HP (Info siehe Katalog S. 11)

7 1/2 Tage Busfahrt nach Cesenatico mit Ausflügen zum Preis von € 213,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 5 Tage VP, Ausflüge: Venedig, Florenz, Ravenna.

9 1/2 Tage Busfahrt nach Cesenatico mit Ausflügen zum Preis von € 239,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage VP, Ausflüge: San Marino, Venedig, Ravenna, Florenz.

Freiplätze CESENATICO 2004: 16 - 20 Schüler 1 Freiplatz, 21 - 35 Schüler 2 Freiplätze, 36 - 45 Schüler 3 Freiplätze, 46 - 60 Schüler 4 Freiplätze.

9 1/2 Tage Busfahrt zur Toskana-Küste mit Ausflügen zum Preis von € 254,- HP, € 285,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP oder VP, Ausflüge: Florenz, Pisa, Siena, San Gimignano, Marmorbrüche von Carrara.

7 1/2 Tage Busfahrt zur Toskana-Küste mit Ausflügen zum Preis von € 229,- HP, € 252,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 5 Tage HP oder VP, Ausflüge: Florenz, Pisa, Volterra, Siena, San Gimignano.

Bahnfahrten nach Cesenatico mit Ausflügen ab € 229,- VP und zur Toskana mit Ausflügen ab € 256,- HP.

6 Tage Busfahrt nach Südtirol mit Ausflügen zum Preis von € 209,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück (keine Nachtfahrt), 5 Tage VP, Ausflüge: Venedig oder Verona, Sterzing, Brixen und Bruneck.

9 1/2 Tage Busfahrt nach Rom mit Ausflügen zum Preis von € 270,- HP, € 321,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP oder VP im Mittelklassehotel ca. 50 km von Rom. Transfer in die Stadt mit Programmvorschlägen.

9 1/2 Tage Busfahrt zum Gardasee mit Ausflügen zum Preis von € 280,- HP, € 306,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP oder VP, Ausflüge: Verona, Venedig, Meran, Gardaseerundfahrt.

7 1/2 Tage Busfahrt zum Gardasee mit Ausflügen zum Preis von € 239,- HP, € 265,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 5 Tage HP oder VP, Ausflüge: Verona, Venedig, Gardaseerundfahrt.

9 1/2 Tage Busfahrt nach Sorrent mit Ausflügen zum Preis von € 268,- HP, € 305,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück mit Zwischenübernachtung, 7 Tage HP oder VP, Ausflüge: Pompeji, Vesuv, Amalfiküste, Neapel/ Capri.

9 1/2 Tage Busfahrt nach Griechenland mit HP zum Preis von € 312,-.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, Fähre Ancona - Patras, HP und Ausflüge.

7 1/2 Tage London mit Ausflügen € 333,- HP, 6 Tage Paris und Ausflügen € 311,- HP, 6 Tage Prag und Ausflügen € 220,- HP.

10 Tage Busfahrt nach Spanien mit Ausflügen € 250,- HP, € 260,- VP.

8 Tage Busfahrt nach Spanien mit Ausflügen € 224,- HP, € 234,- VP.

INDIVIDUELL FÜR LEHRER UND BEGLEITER. Silvester nach Cesenatico € 276,- VP; Silvester nach Prag € 375,- HP; Ostern nach Sorrent € 298,- HP; Ostern nach Cesenatico € 276,- VP; Ostern Griechenland € 340,- HP; Ostern Toskana € 386,- HP.

Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2004.

Weitere Informationen auch bei R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf, Telefon 0 83 22/ 9 53 02, Telefax 0 83 22/9 53 03.

KLASSE REISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

| | |
|--|------------|
| Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... | ab € 215,- |
| Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... | ab € 199,- |
| Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... | ab € 199,- |
| Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ... | ab € 359,- |
| Oder Österreich ... Holland | |

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 Fax (030) 303083-77



KLASSENFAHRTEN

Nach Rügen

Surf- und Kamecamps im Nationalpark

Surfen lernen im größten Biotop Deutschlands, Action, Spass, Naturerlebnis mit Kanuchen, Segeln, kajakfahren durch die Boddenlandschaft, zu Inseln, Hiddensee, Genack Hauptmann, Fint, Albst, Anck, Oostedörke, Weidenes, Köbischkefals und Lind, Lind, auf der schönsten Insel Deutschlands!

WARUM IN DIE FERNE REISEN...?

Winterurlaub Rügen, 18569 Lüssow, 038305/62240.



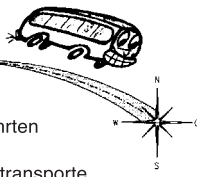
www.jugenddorf-seesand.de
www.winterurlaub-ruegen.de
info@winterurlaub-ruegen.de

Sterntaler Reisen

Omnibusvermietung

Arno Filter
Walldürner Weg 9c
13587 Berlin
Tel. 3 36 49 64
Fax 3 35 51 87

Bus bis 49 Personen
Stadt- und Fernfahrten
Exkursionen
Fahrräder- und Skitransporte



Bauberatung . Bauplanung
Statik . Bauleitung



Qualitätssicherung
Gutachten
Selbstbauberatung
Bausubstanzbewertung
WOLFGANG WEBER

Beratender Ingenieur für Bauwesen
Erkelenzdam 49
10999 Berlin
Tel.: 030 / 61 60 91 80

DAILY Großauswahl vom Fachmann

100 Klaviere ab 1.800,- • Flügel 6.000,-
Keyboards 49,- • Digital-Pianos 799,-
Gitarren, Verstärker, Noten

Daily Musikhaus
Werkstätten • Orgelunterricht • Tel. 6 22 10 36
Hermannstr. 204 • 12049 Berlin • Parkplatz

Unvergessliche Klassenreise auf Reiterhof i. d. Lüneburger Heide, auch andere Tiere vorhanden. Fußball-Volleyballplatz, Tischtennis, Billard, Lagerfeuer, Nachtwandlung, Reithalle, Ausrüstung, Sauna, Platz für 34 Schüler/innen 2.-10. Klasse. Individuelle Betreuung. Video anfordern. VP incl. 5 Reitst. Mo.-Fr. 135,- Euro.

Bienenbüttel
Tel. 0 58 23/73 67
www.hoflust.de

propolis BAUGESELLSCHAFT MBH

ZIMMEREI
Holzbau • Wintergärten
Fachwerkbaukonstruktionen

MAUREREI
Mauern • Putzen • Sanierung
Reparaturen • Betonbau

INNENAUSBAU
Treppenbau • Einrichtungen
Bauteile • Dachstuhlarbeiten

PLANUNGSBÜRO
Planung • Skizzen • Bauleitung
Bauphysik • Baustatische

Oranienstr. 19a • 10999 Berlin
Tel. 614 10 50 • Fax 61 00 93 75

SCHWUBS
100% 100% Schweißarbeiten für Profis

Tel. 0 58 41/98 90 60 • Fax 98 90 61
www.schwubs.com

**Herbst
Weihnachten
Winter**

**Reisen in den
Schulferien
2003/2004**

Z.B. Ägypten • Baltikum • Botswana/Safari • Burma • Costa Rica • Italien/Toskana/Umbrien/Rom/Kalabrien/Sizilien/Venezien • Kroatien • Laos/Kambodscha • Libyen • Namibia • Peru • Polen/Nationalpark u. Masuren • Sri Lanka • Spanien/Andalusien/Kastilien/Pilgerweg/Teneriffa • Südafrika/Nationalparks u. Gartenroute • Thailand • USA/Neuengland • Vietnam • Zypern

Lothar Kögel 12207 Berlin
Studienreisen Hartmannstraße 30 Tel. 771 30 10 Fax 771 30 133

Studienreisen/Klassenfahrten

| 8-Tage-Busreise z.B. nach | 10-Tage-Busreise z.B. nach |
|---------------------------|--|
| Wien ÜF 192,- Euro | Südengland Ü 213,- Euro |
| Budapest ÜF 192,- Euro | Toskana Ü 202,- Euro |
| London ÜF 254,- Euro | Südfrankreich Ü 230,- Euro |
| Prag ÜF 199,- Euro | (Unterbringung in Selbstversorgerunterkünften) |
| Paris ÜF 224,- Euro | |
| Rom ÜF 238,- Euro | |

Alle Ausflugsfahrten inklusive!
Flug- und Bahnreise sowie andere Ziele (z.B. Ferienparks in den Niederlanden oder Belgien) auf Anfrage möglich!

REISEBÜRO KRAUSE GMBH • MÜNSTERSTR. 55 a • 44534 LÜNEN
TELEFON (0 23 06) 7 57 55-0 • FAX (0 23 06) 7 57 55-49 • E-Mail: info@rsb-krause.de

Praha
Apartments zentrumsnah ab 15,-€
Info (040) 280 24 15

Cultura
Der Italien Spezialist
Ferienhäuser • Wohnungen • Agriturismo • Hotels
Kaiserdaum 95-14057 Berlin • (030) 30820408
www.cultura.de

Rügener Erlebniswochen
Jugenddorf WITOW

Frei pro Person
163,- €
(inkl. 20 Pers.)

5-Tage-Klassenfahrt ALL-INKLUSIVE

Zu den Leistungen gehören:

- Transfer mit dem Reisebus ab/an Heimatort
- 4 Übernachtungen/Vollpension, „ALL-YOU-CAN-EAT“-Buffet zu allen Mahlzeiten mit Frühstücksbuffet, Lunchpaket, Afternoon-Tea m. Kuchen, kaltes Buffet mit Warmanteil (z.B. Pizza, Chili con Carne)
- Ausflug nach Sassnitz inkl. Eintritt in das U-Boot-Museum und Möglichkeit zur Hafenbesichtigung
- Ausflug nach Stralsund inkl. Eintritt in das Meereskundemuseum und Möglichkeit zum Stadtbummel
- Ausflug nach Samsens in das Sport- u. Freizeitzentrum „Tief un Viel“ inkl. Eintritt (4 Std.)
- 2x Diskoabend, Kino, Fahrradverleih, Inline-Skate-Ausrüstung, Fackelwanderung, Strandfeuer u.v.m.
- je 11. Person frei

buchbar über: welcome berlin tours GmbH
http://www.superklassenfahrten.de, Freecall 08 00/4 43 39 30
weitere Infos: Tel.: 03 83 91/4 31 68, Fax: 03 83 91/4 31 69, www.jugenddorf.de

| | | | |
|--------|-------|---|------------|
| 14.OKT | 19.00 | FG Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit | Raum 32 |
| 16.OKT | 18.30 | Abteilung Wissenschaft | Raum 33 |
| 21.OKT | 17.00 | AG Schwerbehinderte | Raum 47 |
| | 18.30 | Landesausschuss multikulturelle Angelegenheiten | Raum 34 |
| | 19.00 | Abteilung berufsbildende Schulen | Raum 33 |
| 22.OKT | 19.00 | Attac | Raum 33 |
| | 17.00 | Wahlversammlung Arbeitslosenausschuss | Raum 31-32 |
| | 17.00 | Kita-AG | Raum 33 |
| 27.OKT | 15.30 | AG Bildungsfinanzierung | Raum 47 |
| 28.OKT | 17.00 | AG Arbeits- und Gesundheitsschutz | Raum 33 |
| | 19.00 | AG Schwule Lehrer | Raum 47 |
| 30.OKT | OKT00 | DGB-Senioren | Raum 33 |
| | 14.00 | AG Altersvorsorge | Raum 34 |
| | 16.15 | WIP-Rat | Raum 34 |
| 01.NOV | 15.00 | AG Volkshochschul-DozentInnen | Raum 33 |
| 05.NOV | 17.00 | AG LehrerInnenbildung | Raum 31 |
| 06.NOV | 17.00 | Arbeitslosenausschuss | Raum 33 |
| 10.NOV | 18.00 | FG Sonderpädagogik | Raum 47 |

JAHGANGSÜBERGREIFENDE LERNGRUPPEN UND HOCHBEGABTENFÖRDERUNG

Vortrag mit Diskussion; Referent: Ad Boes, Hochschulbeauftragter für Lehrerweiterbildung im Bereich Jenaplan-Pädagogik, NL

Am Donnerstag, 23. Oktober 2003, 19 Uhr

in der Spreewald-Grundschule, Pallasstraße 15, (U-Bahnhof Nollendorfplatz). Eine Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für das hochbegabte Kind e.V. Regionalverein Berlin e.V. und der GEW BERLIN.

BILD DES MONATS

FOTO: PRIVAT



ELFRIEDE BRÜNING: ZEITBESICHTIGUNGEN



FOTO: PRIVAT

Elfriede Brüning hat in diesem Buch Feuilletons, Reportagen und Erzählungen aus sieben Jahrzehnten zusammengestellt und damit ein Spiegelbild der deutschen Geschichte unterhalb der „offiziellen“ Politik geschaffen.

Der Alltag, die alltäglichen Sorgen der Menschen stehen ungeschönt im Mittelpunkt und erlauben einen ganz eigenen Blick auf die handelnden Personen. Elfriede Brüning, Jahrgang 1910, eine der meistgelesenen Autorinnen der DDR, ist seit den 20er Jahren schriftstellerisch tätig, war in den 30er Jahren wegen antifaschistischer Aktivitäten inhaftiert und seit 1950 als freischaffende Schriftstellerin tätig. Mit ihrem Buch „Zeitbesichtigungen“ stellt sie ein Stück deutscher Zeitgeschichte in brillanter sprachlicher Schärfe vor, was für Ost und West sowie Jung und Alt gleichermaßen spannend sein wird.

Lesung am 29. Oktober um 15 Uhr
im GEW-Haus, Raum 31/32

AUSGRENZEN BEHINDERT – AUCH IN DER SCHULE!

Der Landesbeauftragte für Behinderte lädt ein zu einer Diskussionsveranstaltung gemeinsam mit: Arbeitskreis Gemeinsame Erziehung, Arbeitskreis Grundschule Berlin, ANE, GEW BERLIN, Eltern für Integration, Eltern beraten Eltern, Landesschulbeirat, Landeselternbeirat, Lebenshilfe, Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschulen

Dienstag, d. 21. Oktober um 18 Uhr

im Roten Rathaus, Großer Saal

Das neue Berliner Schulgesetz steht vor seiner Verabschiedung. Kinder und Jugendliche sollen weiter benachteiligt werden. Das müssen wir verhindern!

- Jutta Schöler (TU Berlin): „Eine Schule ohne Kinder mit Behinderung ist keine normale Schule“
- Hanns-Konrad v. Oelhafen (Schule am Grüngürtel)/ Manfred Rosenberger (Eltern für Integration): „Initiative für den Vorrang der gemeinsamen Erziehung“
- Einführung und Moderation: Martin Marquard (Landesbeauftragter für Behinderte)

Die für den gemeinsamen Unterricht verantwortlichen Personen in Parlament und Schulverwaltung sind eingeladen.